

PROTOKOLL

über die 20. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 16. Dezember 1999, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 09.00 Uhr

-

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Claudia Pramendorfer, Elfriede Reznar, GR Rudolf Schröder, Siegfried Stieglitz, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT:

MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Gerald Hackl

ENTSCHULDIGT:

Edith Radmoser

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlussfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
2. Beantwortung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

KEINE VORHANDEN

5. VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 1) JW-17/95 Streetwork-Projektstelle Steyr, Weiterführung für weitere 3 Jahre.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

- 2) BauStr-22/99 Verbesserungsmaßnahmen für Radfahrer und Fußgeher in der Sepp-Stöger-Straße; Vergabe der Straßenbauarbeiten.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

3) FW-14/99 Ankauf eines Trägerfahrgestells mit Abrollkipper-Hakengerät und Container für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr (KHD).

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

4) Rp-34/99 Stadtwerke Steyr; Überprüfung der Jahresabschlüsse der Stadtwerke Steyr und des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes 1998.

5) Stw-101/99 Städt. Kunsteisbahn; Erlassung einer neuen Betriebsordnung und Tarifkorrektur in Richtung Familiengleichstellung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

6) BauStr-1116/89 Errichtung der Nordspange Steyr; Schottergrube Hausleiten; Kostenübernahme für Altlasten.

7) BauStr-18/99 Leopold-Werndl-Straße/Lahndorfer Landesstraße; Straßenverbesserungsmaßnahmen und Umbau.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

8) Fin-100/99 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2000.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Guten Morgen meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich eröffne die heutige Sitzung und stelle fest, dass die Einladung, die Einberufung ordnungsgemäß durchgeführt wurde. Ich stelle des Weiteren die Beschlussfähigkeit fest. Ich gebe bekannt, dass als Protokollprüfer Herr GR Stephan Keiler und Frau Gemeinderätin Maria Koppensteiner vorgeschlagen sind und beide diese Funktion annehmen. Entschuldigt ist nach wie vor unsere Kollegin Edith Radmoser, die allerdings auf dem Wege der Besserung ist und voraussichtlich morgen in die häusliche Pflege entlassen wird. Wir wünschen ihr auch heute wieder alles Gute.

Ich darf noch mitteilen, dass Herr Dr. Wetzl später kommt, weil er eine unaufschiebbare Gerichtsverhandlung in St. Pölten hat und dieser beiwohnen muss. Er wird also im Laufe der Sitzung zu uns stoßen.

Schriftliche Anfrage sind nicht vorhanden.

Die **Mitteilungen des Bürgermeisters** möchte ich heute extrem kurz machen.

Es wurde eine Gedenktafel für den Freiheitskämpfer Karl Punzer an der Punzerschule in Münchenholz, im Rahmen eines kleinen Festaktes am 3. 12. 1999, zur Erinnerung an diesen

großartigen Kämpfer für die Demokratie in Österreich, der mit dem Leben seinen Einsatz bezahlt hat, enthüllt.

Wir haben am 24. Dezember wieder diese, für die Stadt Steyr sehr sympathische, Veranstaltung, dass die Steyrtalbahn, mit Kindern und Eltern teilen, nach Steinbach und zurück fährt. Da werden sich überwiegend die Mütter freuen, wenn die Kinder beschäftigt werden, in dieser stillen Zeit vor Weihnachten, damit sie den Christbaum in Ruhe schmücken können.

Ich darf nochmals das große Millenniums-Silvester-Spektakel am Stadtplatz und das Clubbing in der Bahnhofsüberbauung, mit dem tollen Musik- und Showprogramm, in Erinnerung rufen.

Es ist eine Aufsichtsbeschwerde wegen der Errichtung von Busbuchten in der Pachergasse getätigt worden und zwar von Herrn Gerald Gmachmeir. Zusammenfassend kann dazu festgestellt werden, dass hier die Juristen des Landes Oberösterreich festgestellt haben, dass hier der Stadtsenat entsprechend den Gesetzen, Vorschriften und Verordnungen ordnungsgemäß gehandelt hat.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage ist zu berichten, dass die Arbeitslosenquote im November 1999 5,6 % betragen hat. Das ist um 0,8 % weniger als vor einem Jahr. Das erfreut uns natürlich außerordentlich, dass wir uns nunmehr schon unter österreichischem Schnitt befinden. Es wird uns aber nicht ausbleiben, uns weiter anzustrengen um den oberösterreichischen Schnitt zu erreichen.

Ich bitte sie unter Pkt. 4) die **Beschlüsse des Stadtsenates**, die mit der Einladung zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen und möchte unter Pkt. 5) die Kollegin Mach bitten, das Wort zu nehmen und ihren heute einzigen Antrag zu stellen.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. In meinem einzigen Antrag geht es heute um die Fortführung der Streetworker. Die Streetworker sind ja bereits drei Jahre in Steyr tätig und bis jetzt sind vonseiten des Landes 2/3 der Kosten übernommen worden und 1/3 hat die Stadt Steyr beigetragen. Ab nächstes Jahr wird es anders sein, da müssen wir 50:50 die Kostenteilung vornehmen. D. h., 50 % das Land und 50 % die Stadt.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

1) JW-17/95

Streetwork-Projektstelle Steyr; Weiterführung für weitere drei Jahre.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Jugendangelegenheiten vom 5.11.1999 wird vom Gemeinderat als zuständigem Organ der Stadt Steyr gemäß § 46 Abs. 1 Z. 12 des Stadtstatutes beschlossen, dass sich die Stadt Steyr ab 1.1.2000 für weitere 3 Jahre an den Kosten der Streetwork-Projektstelle in Steyr im Ausmaß von 1/2 (bisher 1/3) der Gesamtkosten der Projektstelle (S 1.400.000,-- für 2 Streetworker) d.s. max. S 700.000,-- (bisher S 450.000,--) jährlich beteiligt.

Für November und Dezember 1999 werden die Kosten wie bisher im Ausmaß von 1/3, d.s. S 74.133,--, übernommen.

Eine entsprechende Kostenbeteiligungsvereinbarung mit dem Land OÖ. ist abzuschließen.

Ich ersuche um Zustimmung bzw. um Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf fragen, ob zu diesem Antrag jemand das Wort wünscht? Herr Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte gleich zu Beginn sagen, dass ich mich aufgrund diverser Vorwürfe vom Geschmackspolizisten und Hüter der Moral heute ein bisschen zurückhalten werde, es ist ja Weihnachten vor der Tür. Ich verstehe aber diese Aufregung über die Wortmeldungen in der letzten GR-Sitzung überhaupt nicht, denn eines muss auch ganz klar sein, wo Klartext gesprochen werden muss, dann muss es auch öffentlich gesagt werden und wer sich bei kulturpolitischen Fragen mit den Freiheitlichen ins Bett legt, der liegt und bettet sich mit ihnen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Was?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ganz klar.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Würden sie es bitte näher erläutern.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist nicht der Tagesordnungspunkt, ich möchte es nur zu Beginn klarstellen. Die ÖVP hat mit den Freiheitlichen gegen das Museum Arbeitswelt gestimmt, mit einer fadenscheinigen Argumentation.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Falsch!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir reden jetzt von den Streetworkern.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir können schon diskutieren. Nicht etwas in den Raum stellen und dann sagen, wir reden eh von etwas anderen. Das ist ja doch ein Komiker.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich bin kein Komiker. Ich muss nur eine Klarstellung machen, die ...

Diskussion verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weihnachtlich geht das schon wieder los. Wir haben einen Tagesordnungspunkt „Streetworker, Weiterführung für drei Jahre“. Herr Kollege, ich ersuche sie zur Sache zu sprechen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Danke. Liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir über die Streetworker und diese sinnvolle Förderung für dieses Sozialprojekt, für dieses Jugendprojekt, heute eine Verlängerung um drei Jahre diskutieren, dann darf diese Förderung nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sozialarbeit und Jugendarbeit nicht, - sie können noch so, ist das vielleicht guter Geschmack, wenn sie mir den Vogel zeigen? -

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie sind ein Komiker.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

... dann darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Betreuung nicht eine präventive Betreuung ist, sondern erst am Ende von vielen anderen Maßnahmen kommt. Streetwork hat jetzt drei Jahre lang am Resthof gearbeitet, hat meines Erachtens sehr gut, sehr treffsicher und am richtigen Standort gearbeitet. Es muss uns aber klar sein, dass Streetwork nicht Ersatz für konventionelle Jugendbetreuung ist, dass Streetwork nicht auf den Resthof beschränkt ist und, dass

Streetwork nicht alle Probleme in unserer Stadt lösen kann. Von dem auch abgesehen, dass sich nur zwei Personen derzeit um Agenden kümmern, die nicht nur auf den Resthof beschränkt sind, sondern teilweise die Jugendlichen in der ganzen Stadt betreffen. Ich möchte in dem Zusammenhang zwei Bereiche ansprechen, die mir sehr wichtig sind. Ein Bereich, mit dem Streetwork sehr oft zu tun hat ist die Drogensituation in Steyr, das ist das Suchtverhalten. Zu diesem Thema gab es vor zwei Wochen eine sehr interessante Diskussion im vielgeschmähten Museum Arbeitswelt, eingeladen vom Jugendzentrum Clevernet, dem GSS und eben dem Verein Streetwork, wo meines Erachtens sehr klar und gut auf die Situation in Steyr eingegangen wurde und wo auch sehr klar die Drogensituation in Steyr dargestellt wurde. In diesem Zusammenhang hat sich herausgestellt, dass das Suchtverhalten, und das nicht nur bei Jugendlichen, sondern auch bei Erwachsenen, nicht nur auf konventionelle Drogen, Alkohol und Nikotin, im größten Teil beschränkt ist, sondern sehr viel weiter geht. Es sind in diesem Zusammenhang auch die Spielsucht, die Gewaltsucht, die Geltungssucht angesprochen worden, die zu großen und schwerwiegenden Problemen bei den Jugendlichen führen können und bereits derzeit führen. Ein gutes Beispiel für die Vernetzungsarbeit die Streetwork derzeit mit anderen Vereinen in Steyr macht.

Ein zweiter Bereich, der sehr wichtig ist, ist die Vernetzungsarbeit mit den Sozial- und Jugendeinrichtungen, welche die Jugendstudie für das kommende Jahr betrifft. Der Verein Streetwork arbeitet mit Politikern aller Fraktionen und Jugendeinrichtungen zusammen, damit im kommenden Jahr eine Bestandsaufnahme über die Situation der Jugendpolitik, der Jugendinfrastruktur in Steyr passieren kann. Ich glaube es ist ganz wichtig, dass die konkreten Bedürfnisse, der konkrete Bestand in diesem Bereich abgefragt wird. Eines muss uns bereits heute klar sein. Spätestens wenn uns diese Jugendstudie vorliegen wird, wenn wir es schwarz auf weiß vor uns liegen haben, wie die Situation ist, dann werden wir eine Grundlage haben, die für uns Auftrag sein wird, in diesem Bereich sehr stark auch zu investieren. Es werden diese Investitionen nicht nur finanzieller Natur sein, sondern auch ideell, müssen nicht immer Geld kosten uns ganz wichtig, diese Investitionen dürfen nicht nur im Stadtzentrum sein, sondern ein großes Aufgabengebiet werden die Stadtteile sein. Denn jeder, der sich mit Jugendpolitik in den Stadtteilen auseinandersetzt, und sich die Situation z. B. am Resthof oder am Tabor zu Gemüte führt, der weiß, dass es brennt, dass die Probleme sehr stark sind und dass wir hier etwas tun müssen. Ganz wichtig ist meiner Meinung, dass sich die Stadt hier nicht alleine zuständig fühlen muss, sondern, dass hier sehr stark auch die Wohnbauträger, wie es auch in Linz und in Wels geschieht, die GWG, die WAG ect. Verantwortung zeigen, ideell und finanziell. Dieses Angebot, und das möchte ich abschließend sagen, und das muss uns immer vor Augen sein, muss ein suchtpreventives Angebot sein und darf kein suchtförderndes Angebot sein, denn nur dann wird Steyr auch eine jugendfreundliche Stadt sein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Payrleithner bitte sehr.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wir werden diesem Projekt und dieser Finanzierung zustimmen, weil wir glauben, dass, wenn es zur Konfliktbereinigung in Steyr beiträgt, es ein gut angelegtes Geld ist. Ich würde mir aber in Zukunft wünschen, dass diesem Amtsbericht, der ja dann dem GR zur Abstimmung vorgelegt wird, ein Tätigkeitsbericht beigelegt wird. Es wäre für uns schon von Interesse, wo diese Herrschaften von den Streetworkern ihre Tätigkeiten verrichten, ob sich das jetzt nur auf den Resthof bezieht oder auch auf andere Stadtteile. Wenn man z. B. schaut was sich da rund um das Jugendkulturhaus in letzter Zeit abgespielt, wo anständige Bürger die in der Früh zu ihrer Arbeitsstätte gehen um dort das Geld zu

verdienen mit dem dann derartige Projekte finanziert werden, von rauschgiftsüchtigen Jugendlichen und von solchen dort attackiert und tätlich angegriffen werden, wäre es vielleicht auch ganz gut, wenn man sich die Szene dort unten einmal mit den Streetworkern anschaut, um auch dort für Ordnung zu sorgen. Ich möchte da jetzt nicht den Verantwortlichen oder den Betreibern die Schuld geben, sie sind ja eh in einem Leserbrief darauf eingegangen und haben gesagt, sie haben mit dem dort unten nichts zu tun. Tatsache ist, dass derartige Dinge dort unten vorkommen. Daher hätte es mich schon interessiert, wo die Aktivitäten der Streetworker sind, ob die jetzt nur am Resthof sind oder auch im Stadtbereich selber. Es sind ja auch hier immer wieder Vorkommnisse, wo Jugendliche in einer Art und Weise ihre Freizeit verbringen, wo sich vielleicht auch manches Mal die Frage erhebt, ob es nicht besser wäre, wenn sie vielleicht eine Betreuung oder geschultes Personal hätten das sich dieser Jugendlichen, die halt leider sozial verwaist sind und um die sich offensichtlich niemand oder wenige kümmern, diese Leute dann annehmen könnten. Das wäre vielleicht eine gute Idee.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zweite Wortmeldung Herr Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Als Vorstandsmitglied des Jugendkulturhauses fühle ich mich natürlich herausgefordert hier eine kurze Replik zu machen. Ich gebe dem Kollegen Payrleithner vollkommen Recht, das Betreuungsangebot ist mangelhaft. Ich möchte nur z. B. auf die finanzielle Ausstattung des Jugendzentrums im Jugend- und Kulturhaus hinweisen, dass sie nicht besonders rosig ist und jedes Jahr um die Finanzierung zu kämpfen hat. Was ich aber auf das Schärfste zurückweisen muss, ist ein Zusammenhang zwischen irgendwelchen Gewalttätigkeiten, rund um das Jugendkulturhaus bzw. im Wehrgraben, mit dem Jugend- und Kulturhaus in Verbindung zu bringen. Es hat sich auch bei der Überprüfung des von ihnen angesprochen Falles herausgestellt, dass die Personen, die den Mitarbeiter des Museums Arbeitswelt überfallen haben, erstens nicht von einer Veranstaltung aus dem Jugend- und Kulturhaus gekommen sind, sondern, dass einfach der Wehrgraben von seiner sozialen Situation in vielen, vielen Bereichen, ich spreche auch ...

Zwischenruf: Da wohnt ja auch der Herr Bürgermeister!

Gelächter

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Natürlich nicht im Nahbereich des Herrn Bürgermeisters, das ist ganz klar, aber ich spreche hier die Nachtclubszene in der Badgasse an.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dort ist ein Nachtclub?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Man macht es sich einfach zu leicht, wenn man dem Kulturhaus diesen „Schwarzen Peter“ zuschiebt und das Kulturhaus dafür verantwortlich macht. Aber es ist richtig, es muss in das Betreuungsangebot investiert werden und die Streetworker sind genau diejenigen, die diese Aufgaben übernehmen sollen und auch derzeit übernehmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Frau Referentin bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte eigentlich nur dazu sagen, dass sich die Streetworker in den drei Jahren in der Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und mit den Sozialeinrichtungen bewährt haben. Das finde ich natürlich ganz wichtig. Aber eines dürfen wir auch nicht vergessen. Im Grunde genommen muss man sagen, wenn die Familienverhältnisse passen und die Kinder die Erziehung haben, und die Eltern sind nach wie vor verpflichtet, sich um die Kinder zu kümmern, bis zu einem bestimmten Alter, und wenn die Jugendlichen eine Beschäftigung haben, dann haben sie keine Aggressionen und wir haben dann wirklich auch zufriedenerer Jugendliche. Man kann nicht nur alles in fremde Hände geben, sondern es hat auch jeder eine Verantwortung. Auch die Eltern tragen die Verantwortung mit, dass die Jugendlichen funktionieren. Das dürfen wir nicht vergessen. Die Streetworker sind nicht nur am Resthof tätig, sondern sind eigentlich in der ganzen Stadt tätig, nur können sie auch nicht alles abspicken, wie man so schön sagt, und überall zuständig sein. Aber ich glaube, dass die Arbeit, die sie leisten, sehr gut ist. Ich bin auch froh, dass dieses Projekt jetzt weitere drei Jahre folgt und ich hoffe, dass es eine bleibende Einrichtung ist. Die Jugendstudie wird uns ja zeigen wo unsere Schwächen sind und man kann nicht vorher schon alles negativ machen, weil ich glaube, an und für sich, wenn man mit den Jugendlichen redet, sind viele bei uns, in unserer Stadt, zufrieden und glücklich. Also, man kann nicht nur das Negative sehen. Dass die Drogenszene auch vorhanden ist, muss man zugeben, aber das ist in jeder Stadt. Die Jugendstudie die vom Land erstellt worden ist, ist ja von den ganzen Städten erhoben worden, und da ist Steyr nicht oben, sondern Steyr bewegt sie in derselben Linie wie die anderen Städte. Das muss man auch zur Kenntnis nehmen. Wir werden ja sehen, wie weit uns die Jugendstudie dann ein Ergebnis bringt.

Ich ersuche nun den Gemeinderat um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Das war einstimmig. Ich bedanke mich herzlich. Ich danke der Kollegin Mach und bitte den Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil ans Rednerpult.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Schönen guten Morgen Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. In meinem Antrag geht es um Verbesserungsmaßnahmen für

Radfahrer und Fußgeher in der Sepp Stöger-Straße, Vergabe der Straßenbauarbeiten. Es ist ein langgehegter Wunsch aus der Bevölkerung, seitens der Christkindlsiedlung bzw. der Wehrgrabenbewohner, dass Schulkinder, insbesondere in der Früh, diese Straßenkreuzung nur sehr schwierig passieren können und ich bin sehr froh, dass es jetzt gelungen ist, eine großteils Entschärfung dieses Sicherheitsmankos machen zu können und ersuche sie um Zustimmung zu folgendem Projekt, das auch im Verkehrsausschuss besprochen und diskutiert worden ist, jeder kennt es, dass hier ein Gehsteig und ein Übergang gemacht wird, dass hier die Schulkinder, insbesondere dort, dem Autoverkehr trotzen und sicher und bequem zur Schule gelangen können.

Ich ersuche um Diskussion bzw. Zustimmung.

2) BauStr-22/99

Verbesserungsmaßnahmen für Radfahrer und Fußgeher in der Sepp Stöger-Straße; Vergabe der Straßenbauarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 16. 11. 1999 wird der Vergabe zur Durchführung der Verkehrssicherungsmaßnahmen für Fußgeher und Radfahrer im Bereich des „Petzengütels“ (Sepp Stöger-Straße - Schweizergasse) zugestimmt und der Auftrag zur Durchführung der hierfür erforderlichen Arbeiten an den Billigstbieter, Fa. Zwettler Bauges.mbH., Steyr, zum Preis von S 86.537,16 übertragen.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von **S 87.000,-- inkl. MWSt.** sollen wie folgt finanziert werden:

Aus Mitteln der **VASSt. 5/612100/002300** in Höhe von **S 70.000,--** (Fuß- und Radwege - Straßenbauten Errichtung von Rad- und Wanderwegen) sowie

Mittel in Höhe von **S 17.000,-- inkl. MWSt.** durch eine Kreditübertragung von **VASSt. 5/612000/728000** (Gemeindestraßen - Entgelt für sonstige Leistungen von gewerbetr. Firmen und jur. Personen) zu **VASSt. 5/612000/002300**.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke, das ist ebenfalls einstimmig beschlossen.

Ich danke Herrn Dr. Pfeil. Nächster Berichterstatter ist Kollege Vzbgm. Tatzreiter. Bitte sehr.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Herrn Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin. In meinem Antrag geht es um den Ankauf eines Trägerfahrgestells mit Abrollkipper-Hakengerät und Container für die Freiw. Feuerwehr der Stadt Steyr der zum großen Kranwagen dazugehört. Es gibt ja auch, wie aus dem Amtsbericht hervorgeht, seitens des Landesfeuerwehrkommandos eine großzügige Subvention bzw. eine finanzielle Unterstützung und es geht dabei eigentlich um eine Vorfinanzierung die wir auch im Zusammenhang mit der Kreditüberschreitung bestätigen sollen. In diesem Zusammenhang bitte ich auch den Antrag zu

unterstützen.

3) FW-14/99

Ankauf eines Trägerfahrgestells mit Abrollkipper-Hakengerät und Container für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr (KHD).

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 1.12.1999 wird dem Ankauf eines Trägerfahrgestells mit Abrollkipper-Hakengerät und Container für die Freiw. Feuerwehr Steyr, zum Preis von **S 1,775.539,20 inkl. USt.** Zugestimmt:

1. Fahrgestell - Steyr 18S28/4x4

ÖAF & STEYR Nutzfahrzeuge AG, Wien

S 1,200.000,-- inkl. USt.

2. Abrollkipper-Hakengerät und Container

Fa. Obermayr, St. Ulrich

S 575.539,20 inkl. USt.

Zum genannten Zweck werden für das Rechnungsjahr 1999 bei der VA-Stelle 5/163000/040000 Mittel im Ausmaß von

S 400.000,--

(vierhunderttausend)

freigegeben, und

S 1,200.000,--

(einmillionzweihunderttausend)

bei derselben VA-Stelle in Form einer Kreditüberschreitung bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung erfolgt durch wertgleiche Subvention des OÖ Landes-Feuerwehrkommandos.

Weiters sind

S 176.000,--

(einhundertsechundsiebzigttausend)

für das Rechnungsjahr und Budget 2000 bei der gleichen VA-Stelle vorzusehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 400.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die

Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich bitte um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ich darf sie bitten ein Zeichen zu geben, wenn sie diesem Antrag zustimmen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich danke dem Kollegen Tatzreiter. Nächster Berichterstatter ist Kollege Eichhübl. Bitte sehr.

BE: STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, werte Vertreter der öffentlichen Medien. So wie jedes Jahr um diese Zeit, mit einer einzigen Ausnahme, kann ich mich erinnern, da war es Frühjahr und kein Schnee vor der Haustüre, habe ich ihnen die Überprüfung der Jahresabschlüsse der Stadtwerke und des Versorgungsbetriebeverbundes vorzulegen. Dieses Mal geht es um das Jahr 1998. Die Jahresabschlüsse der Stadtwerke wurden, so wie in den letzten Jahren, im Kommunalausschuss und im Prüfungsausschuss diskutiert, und auch dieses Mal hat wieder eine Schlussbesprechung stattgefunden, und zwar mit den zuständigen Personen der FA Kontrolle und Revision sowie den Vertretern der Stadtwerke und mir als zuständigen Referenten. Dieses Mal wurde der Geschäftsbericht, wie sie aus den Unterlagen erkennen können, der Stadtwerkebetriebe sowie des Versorgungsbetriebeverbundes in einer neuen, sehr ausführlichen Form, mit den Schwerpunkten Lagebericht, Beilagen und Diagramme zum Lagebericht, Jahresabschluss und Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustdarstellung der Stadtwerke und des Versorgungsbetriebeverbundes dargelegt. Daher sind die Entwicklungen in diesen beiden Bereichen, was das wirtschaftliche Umfeld und die einzelnen Betriebe betrifft, noch genauer im Detail erkennbar. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, darf, ich so wie im Ausschuss für Kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen, ganz kurz darauf hinweisen, dass im Bereich der Bestattung 8,2 % Produktivitätssteigerung bei 4,4 % Erlössteigerung festzustellen war, beim Krematorium eine Produktivitätsrückmeldung oder ein Rückgang von 0,5 %, aber bei einer 1,2%igen Erlössteigerung. Im Wasserwerk eine Erlössteigerung von 2,6 % bei gleichem Aufwand als 1997, beim Stadtbad ein Verlust von rund 7 Millionen Schilling, geringfügig weniger als im Vorjahr, und bei der Kunsteisbahn ein Verlust von 1,56 Millionen Schilling, um rund S 194.000,-- weniger als 1997, gegeben war. Im Bereich des Versorgungsbetriebeverbundes konnte mit dem Gaswerk unter Einbeziehung der Rücklagenzuweisung ein Gesamtgewinn von 19,4 Millionen Schilling, das sind um 4,8 Millionen Schilling mehr als 1994, erwirtschaftet werden. Im Verkehrsbetrieb konnte der Verlust von rund 29 Millionen Schilling auf 24,6 Millionen Schilling reduziert werden. Der Gesamtumsatz der Stadtwerke, Versorgungsbetriebeverbund, Gas und Verkehr miteinbezogen, konnte von 175,5 Millionen Schilling (1997) auf 179,7 Millionen (1998) gesteigert werden. Dies bedeutet, dass der Umsatz je Mitarbeiter um 2,7 % über dem Vorjahr angestiegen ist. Aus dieser Darstellung, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ist zu erkennen, dass es sich um ein sehr gutes, ein sehr erfreuliches Ergebnis handelt, das ist im Übrigen auch von mehreren Debattenrednern anderer Fraktionen im Kommunalausschuss festgestellt worden, und ich danke auch von dieser Stelle allen Mitarbeitern der Stadtwerke für ihre erbrachten Leistungen.

Wie aus dem Protokoll der Schlussbesprechung herauszulesen und feststellbar ist, herrschte auch Übereinstimmung darüber, dass es unbedingte Notwendigkeit ist, das auch vom Rechnungshof seit einiger Zeit geforderte neue Organisationsstatut, umgehend zu erlassen. Einerseits würde dadurch ein notwendiges eigenverantwortliches Handeln der verantwortlichen Personen und der Geschäftsführung in Zukunft gewährleistet sein, andererseits die Zersplitterung der Verantwortlichkeit in einigen Betriebsbereichen, wie z. B. dem Bäderbereich, nicht mehr gegeben sein. Die bereits seit einiger Zeit auf politischer Ebene diskutierte Gaspreissenkung wird allerdings eine negative Auswirkung im Jahr 2000 haben, etwa Mitte des Jahres rechnet man damit, daher werde ich auch noch zu den Ausführungen des Voranschlages 2000 und der Vorlage der Stadtwerke darauf zurückkommen und werde etwas näher darauf eingehen. Jedenfalls bedeutet das, dass bei gleichbleibender Leistung des Verkehrsbetriebes eine höhere Finanzaufwendung vonseiten der Stadt notwendig sein wird. Nicht zu vergessen in diesem Zusammenhang, die ebenfalls in Diskussion stehende EU-bedingte Regelung, die uns ins Haus steht, bezüglich der Querfinanzierung, die ja über kurz oder lang, so wie wir es im Gas- und Verkehrsbetriebsverbund haben, nicht mehr möglich sein wird und auch zu einer angespannteren Finanzsituation in diesem Bereich führen wird. Wobei ich in diesem Zusammenhang nach wie vor die Auffassung vertrete, dass die Rücklagen, die Gott sei Dank noch in einigen Bereichen der Stadtwerkebetriebe zu erwirtschaften sind, für den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt zu dienen haben.

Abschließend möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass die Jahresabschlüsse beider Unternehmungen in Zusammenarbeit mit einem gerichtlich beeideten Wirtschaftsprüfer, nämlich der Steuerberatungskanzlei Dr. Schwarz, erstellt wurden. Die Fachabteilung für Kontrolle und Revision weist in ihrem Bericht darauf hin, dass die stichprobenweise Überprüfung der Unterlagen keinen Anlass zu einer Beanstandung ergeben haben und den vorgeschlagenen Abänderungen, die lediglich den Lagebericht betreffen, vollinhaltlich entsprochen wurde. Außerdem wurde festgestellt, dass die Jahresabschlüsse 1998, unter Beachtung der Grundsätze, ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung der Vollständigkeit und der Willkürfreiheit erstellt wurden. Die Gliederung der Bilanzen sowie der Gewinn- und Verlustrechnung und der Anhang zu den Jahresabschlüssen entsprechen voll und ganz den Bestimmungen des Rechnungslegungsgesetzes 1990. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, trage ich folgenden Antrag des Prüfungsausschusses vor:

4) Rp-34/99

Stadtwerke Steyr; Überprüfung der Jahresabschlüsse der Stadtwerke Steyr und des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes 1998.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die beiliegenden Jahresabschlüsse 1998 (inkl. Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen sowie Anhänge) der Stadtwerke Steyr bzw. des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr werden im Sinne des § 62 Abs. 2 Zi. 1b) und c) des StS 1992 genehmigt; die Dotation der Rücklagen (Stadtwerke Steyr) ist mit insgesamt ATS 11.900.000,-- ausgewiesen, wobei die Zuweisung zur satzungsmäßigen Rücklage ATS 11.000.000,-- beträgt; beim Verbund beträgt die Dotation der Rücklagen für das Jahr 1998 ATS 8.079.000,--. (Beilage)

Herr Bürgermeister ich darf sie bitten die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bedanke mich herzlich für die Antragsstellung. Zum Wort gemeldet ist als 1. Herr GR Apfelthaler. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Die Überprüfung der Jahresabschlüsse 1998 liegt ihnen vor. Ich möchte es auch nicht näher kommentieren, zumal der Kollege StR Eichhübl ja das Organisationsstatut eh schon explizit ausgeführt hat. Ich möchte mich aber auf diesem Wege als Vorsitzender des Kontrollausschusses recht herzlich für die Tätigkeit der dort arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herzlich bedanken und möchte mich auch speziell beim Herrn Dr. Gottlieb-Zimmermann für seine verantwortungsvolle Arbeit bedanken.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Als nächste am Wort ist Frau Kollegin Frech. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, der Kollege Eichhübl ist auf die, seines Erachtens positive Entwicklung der Stadtwerke etwas eingegangen. Ich glaube, dass diese Entwicklung noch ein bisschen besser sein könnte, wenn die Stadt Steyr auf ihren GR-Beschluss, den sie am 16. 10. 1969, also vor mehr als 30 Jahren, gefällt hat, verzichten würde. Und zwar einen Beschluss, dass die Verkehrsbetriebe, das Gaswerk, das Wasserwerk eine sogenannte Gebrauchsabgabe für die Benutzung öffentlichen Gemeindegutes entrichten müssen. Das sind immerhin, meine Damen und Herren, 3 % der Roheinnahmen. D. h., 3 % der Roheinnahmen aus den Einnahmen der Verkehrsbetriebe, aus den Einnahmen des Gaswerkes und aus den Einnahmen des Wasserwerkes müssen an die Stadt Steyr abgeführt werden. In Summe sind das ungefähr eine ½ Million Schilling bei den Verkehrsbetrieben jährlich, beim Gaswerk rund 2,6 Millionen Schilling und beim Wasserwerk rund ein Million. D. h., alleine im Jahr 1998 hat diese Abgabe für die Stadtwerke eine Summe von S 4,062.487,72 bedeutet. Diese Verrechnung bedeutet nichts anderes, als einen enormen Verwaltungsaufwand, die Stadtwerke müssen natürlich die Berechnung dieser Abgabe durchführen, sie müssen dazu 1/4jährliche Vorauszahlungen leisten, es muss dann wieder vom Kontrollamt kontrolliert werden und im Endeffekt fließt nur Geld von der einen Stelle in die andere Stelle und wieder zurück, weil selbstverständlich steigt damit der Verlust der Stadtbetriebe, den wir ja wiederum ersetzen müssen. D. h., die Stadtwerke hätten auf der einen Seite weniger Personalaufwand, weniger administrativen Aufwand, wenn wir darauf verzichten würden das zu verrechnen und zum anderen wäre auf einen Schlag die finanzielle Situation auch optisch eine andere Situation und wird uns im GR ermöglichen, auch wieder verstärkt über öffentlichen Verkehr zu diskutieren, weil jetzt ist immer als erstes Argument im Raum, wir haben ja ohnedies so einen hohen Abgang. Dieser Abgang ist aber zum Teil von uns selbst verursacht, nämlich in Summe Verkehrsbetriebe, Gaswerk und Wasserwerk, rund 4 Millionen. Selbstverständlich habe ich mit dem Leiter der Stadtwerke gesprochen und ihn gefragt, ob es für ihn irgendeinen Sinn ergibt, dass diese Gebrauchsabgabe eingehoben wird. Ich hätte mir ja noch einreden lassen, dass das möglicherweise für die Stadtwerke steuerliche Vorteile hat. Er hat mir bestätigt, dass das nicht der Fall ist, er hat mir auch erklärt, dass es Wunsch der Stadtwerke wäre, diese Steuer aufzuheben, weil sie eben einen administrativen Aufwand bedeutet, er hat mir aber auch erklärt, er konnte sich bisher leider nicht durchsetzen, weil es scheinbar Widerstände in diesem Bereich gibt. Ich würde sie aber, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wirklich ersuchen, sich einmal zu überlegen, ob man nicht diesen GR-Beschluss, der immerhin 30 Jahre zurückliegt, seither nie wieder überarbeitet worden ist, ändert, auch im Sinne von Verwaltungsvereinfachung und einer geringeren Verlustabdeckung der Stadtwerke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, ein ganz kurzes Schlusswort. Frau Kollegin Frech, sie sind ja bei ihren Ausführungen über die Gebrauchsabgabe auch auf die Verlustabdeckung vonseiten der Stadt zu sprechen gekommen. Da darf ich sie darauf hinweisen, dass sie nur teilweise Recht haben, und zwar nur in jenen Bereichen, nämlich Stadtbäder, gibt es eine Verlustabdeckung vonseiten der Stadt, was im Verkehrsbetriebsverbund ja nicht der Fall ist. Da gibt es eine Kapitaleinlage, wie wir auch heute hier noch darüber reden werden und wo ich noch im Laufe meiner Ausführungen zum Budget 2000 näher darauf eingehen werde.

Ich bitte die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen worden. Nächster Antrag bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, mein zweiter Antrag, den ich ihnen zur Beschlussfassung vorlege, soll Veränderungen im Bereich der Kunsteisbahn einleiten und zwar handelt es sich um einen dreigeteilten Antrag. Zum 1. soll dort in diesem Bereich der Städt. Kunsteisbahn eine neue, zeitgemäße Betriebsordnung erlassen werden, zum 2. soll es eine Regelung geben, was den Eintritt für Kinder betrifft, d. h. in Zukunft sollen die Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr frei und ohne Bezahlung diese Anlage benutzen können und zum 3. handelt es sich darum, und das wurde ja bereits in einer der letzten GR-Sitzungen hier beschlussmäßig abgedeckt, dass ein neuer Familientarif eingeführt werden soll, nämlich ein Familientarif zu S 90,- für max. 2 Erwachsene und max. 4 Kinder.

Herr Bürgermeister, ich erspare mir, den Antrag genau vorzulesen, wenn man damit einverstanden ist, denn ich habe bereits in meiner Einleitung darauf hingewiesen um was es geht. Ich darf der Ordnung halber ergänzend noch sagen, dass es durchaus auch rechtmäßig ist, dass der GR sich zum 2. Mal mit der von mir genannten letzten Tarifierung bzw. Veränderung für Familienkarte beschäftigt und in Ordnung ist.

5) Stw-101/99

Städt. Kunsteisbahn; Erlassung einer neuen Betriebsordnung und Tarifkorrektur in Richtung Familiengleichstellung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 23.11.1999 wird die Erlassung einer neuen, zeitgemäßen Betriebsordnung für die Kunsteisbahn und der Tarifkorrektur gemäß Amtsbericht (Kinder bis 5 Jahre haben freien Eintritt) und der Einführung einer Familienkarte um ATS 90,-- ab 01.01.2000 zugestimmt.

Die Ergänzung des Tarifes ist aus der Beilage „Tarif“ zu ersehen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Eine Wortmeldung, Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich kann mich erinnern, dass wir in einer der letzten GR-Sitzungen darüber diskutiert haben, dass es eigentlich nicht einzusehen ist, dass wir unterschiedliche Tarifstrukturen in den gemeindeeigenen Betrieben haben, nämlich auf der Kunsteisbahn einerseits und im Hallenbad andererseits. Wir waren uns sehr einig, dass es hier zu einer Angleichung kommen muss. Das war auch die Intention eines Antrages, den es dann beim letzten Mal gegeben hat. Wenn ich mir jetzt die Tarife bei der Kunsteisbahn ansehe, dann beträgt der Preis für die Saisonkarte, für die Erwachsenen, S 1.000,--, für die Kinder hingegen beträgt er S 600,-. Wenn ich es mir im Hallenbad ansehe, dann ist es so, dass die Jahreskarte S 1.600,-- für Erwachsene und S 800,-- für Kinder beträgt. D. h., im Hallenbad gewähren wir 50 % Ermäßigung für Kinder, Schüler, Jugendliche und Präsenzdiner. Auf der Kunsteisbahn, bei der Saisonkarte, gewähren wir nur 40 %. Da frage ich mich, wo ist diese von ihnen alle geforderte einheitliche Tarifregelung, dass wir wirklich, sowohl im Hallenbad als auch auf der Kunsteisbahn, diese 50 % Ermäßigung gewähren. Das ist wieder nicht in diesem Antrag drinnen. Ich habe das im Ausschuss auch zur Sprache gebracht und da ist mir dann mitgeteilt worden, na ja, dann müssten wir ja jetzt noch einmal einen Antrag zur Tarifkorrektur machen und außerdem werden wir eh nächstes Jahr wieder eine Tarifkorrektur vornehmen und solange möge ich mich doch bitte noch gedulden. Ich sehe aber eigentlich nicht ein, warum man das nicht in einem Atemzug gemacht hat, weil immerhin haben wir ja heute nicht nur die Betriebsordnung zu ändern, sondern auch wieder eine Tarifkorrektur in Richtung Familienkarte und es wäre eigentlich ein Leichtes gewesen, bereits in diesem Antrag hineinzuf formulieren, dass in Zukunft die Saisonkarte eben 50 % beträgt und damit nur S 500,-- und nicht S 600,--. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum im Hallenbad 50 % Ermäßigung gewährt wird und auf der Kunsteisbahn nur 40 %.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schlusswort Herr Referent.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Kollegin Frech, sie selbst haben ja darauf hingewiesen, dass wir sehr ausführlich im Ausschuss für Kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen darüber diskutiert haben und auch über ihren Einwand diskutiert haben, daher erspare ich mir, näher darauf einzugehen.

Ich darf sie bitten, meine Damen und Herren, dem vorliegenden Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Ich danke dem Kollegen Eichhübl recht herzlich. Nächster Berichterstatter ist StR Mayrhofer. Bitte sehr.

BE: STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich begnüge mich heute mit zwei Anträgen. Der erste Antrag ist die Errichtung der Nordspange Steyr. Hier sind beim Straßenbau Altlasten aufgetaucht, d. h., hier wurde eine Mülldeponie entdeckt und die muss natürlich entsorgt werden. Entgegen der ursprünglich von der Bundesstraßenverwaltung verlangten Gesamtentsorgung des Erdreichs, konnten wir aushandeln, dass wir eine Trennung vor Ort vornehmen und nur das tatsächlich vorhandene Müllaufkommen entsorgen. Es ist bis dato auch keine Kontaminierung gewesen, sodass Kosten für 1999 von S 588.000,-- notwendig sind, die bei der entsprechenden VA-Stelle für Bundesstraßen vorhanden sind. Ich ersuche um Freigabe dieser Mittel.

6) BauStr-1116/89

Errichtung der Nordspange Steyr; Schottergrube Hausleiten; Kostenübernahme für Altlasten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 19.11.1999 wird der Vorgangsweise zur Altlastentsorgung der Baurestmassen aus dem Bereich der ehemaligen Schottergrube Hausleiten im Rahmen der Errichtung der Nordspange Steyr durch den Auftragnehmer der Bundesstraßenverwaltung, der Fa. Traunfellner, und der damit verbundenen Trennung, Verbringung sowie der Entsorgung der nicht kontaminierten Baurestmassen ins Kies- und Transportbetonwerk Unterdietach und der mit Hausmüll verunreinigten Baurestmassen auf die Mülldeponie der Stadt Steyr zugestimmt.

Zur Finanzierung werden die für 1999 restlich vorhandenen Mittel in Höhe von S 588.000,-- bei der VASSt. 5/610000/770020 (Bundesstraßen, Kap. Transferzahlungen an Bund, Beitrag zu Bundesstraßen) freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der zweite Antrag bezieht sich auf die Leopold-Werndl-Straße, auf Grundkäufe, die vorgesehen sind. Es wird mit Kosten von 2 Millionen gerechnet. Unser Anteil, das wären 50 % dieser Kosten, sind 1 Million. Im Jahr 1999 haben wir dafür S 500.000,-- vorgesehen. S 300.000,-- würden im Jahr 2000 anfallen, die restlichen S 200.000,--, falls notwendig, nach Bauende. Ich ersuche um Zustimmung.

7) BauStr-18/99

Leopold-Werndl-Straße/Lahrndorfer Landesstraße; Straßenverbesserungsmaßnahmen und Umbau.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 30. November 1999 wird der Grundeinlöse für die Straßenverbesserungsmaßnahmen und Umbau an der L 1344 Lahrndorfer Landesstraße/L.-Werndl-Straße durch das Land OÖ zugestimmt. 50 % der geschätzten Gesamtgrundeinlösekosten von S 2.000.000,--, somit S 1.000.000,--, sind von der Stadt Steyr zu zahlen, wobei 80 % vor Baubeginn und der Rest nach der Endvermessung anfallen.

Die erforderlichen Mittel sind bei VSt. 5/611000/771010 „Landesstraßen, Kapitaltransfer an das Land“ in der für 1999 vorgesehenen Höhe von S 500.000,-- freizugeben und der noch erforderliche Rest von S 300.000,-- im Jahr 2000 und S 200.000,-- nach Bauende vorzusehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Frau GR Reznar bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich denke, sie werden ja nicht wirklich daran glauben, dass das eine gute Lösung ist, wenn wir in der Leopold-Werndl-Straße eine Ampelregelung machen.

Zwischenruf: Ein bisschen lauter!

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Es tut mir Leid, ich bin stimmlich nicht ganz so beisammen. Ich kann mir aber vorstellen, dass sie die Ampelregelung in der Leopold-Werndl-Straße nicht unbedingt wollen. Noch dazu 300 Meter vor der Forumkreuzung, die ohnehin schon ein Aufkommen bietet, wo die Autos bis im tiefen Bereich schon zurück stehen. Ich kann mich erinnern, es ist vor ca. 4, 5 Jahren gewesen, da wir ich involviert in einem Proponentenkomitee für die Verkehrsberuhigung von Reichenschwall und Sarning und da war ich einige Male bei den Beamten des Magistrates Steyr und wir haben das durchdiskutiert und auch dort haben wir schon eine Überführung über diese Straße besprochen. Die Beamten waren

sogar bereit diese Überführung in ihre Pläne einzuzeichnen. Wir waren alle dabei, wir haben diese Skizzen gesehen, ich weiß nicht, ob sie es in der Zwischenzeit wieder ausradiert haben, aber grundlegend müssten diese Überführungspläne noch vorhanden sein. Gerade in diesem speziellen Bereich würde sich ja eine Überführung deshalb anbieten, weil das Gelände schon für sich und für die ganze Einrichtung spricht. Es kann ja nicht unbedingt im Sinne unserer Schüler sein, dass wir dort jetzt die Schüler einfach über die Straße laufen lassen, weil das kommt einfach so. Jeder Schüler hat es eilig, jeder Schüler will jetzt vor dem Unterricht noch seinen „Schummler“ für die Schularbeit machen oder die Aufgaben abschreiben, d. h., er ist nervös, er rennt auch über die Straße wenn es rot oder sonst irgendwie ist. Er läuft einfach rüber. Die Schüler stehen zu 100 in der Krakowitzerstraße, Werndlstraße, Tomitzstraße und sie müssen irgendwo gefahrlos über die Straße gehen können, weil es parken so und so viel Autos dort.

Die Eltern, die ihre Schüler mit dem eigenen Auto zur Schule bringen wollen, wären doch froh, wenn die Schüler gefahrlos über die Straße gehen können. Sie sind nicht unbedingt hochofret, wenn sie wissen, dass ihre Schüler zuerst über einen Berg hinunter müssen, dann über die Straße laufen und dann wieder über den Berg hinauf müssen. Wäre das nicht sinnvoll, gleich jetzt diese Überführung zu planen. Das hätte man schon vor 5 Jahren einplanen können. Damals hat es geheißen, das Land ist eindeutig dafür zuständig. Was man jetzt sieht, ist das Land nur zur Hälfte dafür zuständig. D. h., man hätte 5 Jahre schon diese Überführung vorbereiten können. Ich denke schon, dass wir das unseren Schülern schuldig sind und da hätten wir uns jetzt schon ein Denkmal setzen können, wenn auch nicht ein sehr großes, aber ein sehr wirksames Denkmal.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr Vzbgm. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Leopold-Werndl-Straße, auch hier der Dauerbrenner. Es gab einmal eine Zeit, da hat sich die ÖVP-Fraktion in Zeiten eines Budgetgemeinderates extrem, exakt für diesen Übergang eingesetzt. Damals war ausgehend, 1992, 1993, eine sehr ernsthafte Diskussion, die nicht sehr glücklich geendet hat, in der Direktion der HAK, wo die Beamten des Landes sehr böse abgezogen sind, wo dann dieses Projekt um Jahre verzögert worden ist. Es gab dann einen Alleingang vonseiten der Schulleitung und dieser Schranken, der dann errichtet worden ist, der hat damals großen Staub aufgewirbelt, verlangt aber jetzt, dass der Steuerzahler noch einmal und wieder in die Taschen greifen muss und die HAK-Einfahrt verbessern muss, weil der Zustand ist unhaltbar. Ich sage auch noch einen Satz zu diesem Kreuzungsbereich, wo auch hier, wie im Amtsbericht richtig angemerkt ist, es laufend zu Unfällen und zu extremen Staus kommt. Ich erinnere mich noch sehr genau, letztes Jahr, Eyblkreuzung. Hier hat man eine Ampelanlage geplant, montiert und dann hat man von sehr vielen Seiten gehört, aber einschalten dürfen wir sie nicht. Wir haben schon viel zu viele Ampeln in Steyr. Jede Ampelanlage hat einen Aufstand erzeugt und hier vermisste ich völlig irgendeinen Aufschrei. Gerade vorgelagert zur Werndlstraßenkreuzung, wo im Bereich des Forums eine Ampelanlage installiert ist, die bereits mit 130 % überbelegt ist, diese Kreuzung. Diese Kreuzung hat ein Problem, und wenn ich jetzt vorgelagert noch eine Kreuzung mache, dann vermehre ich dieses Problem. Hier ist es absolut notwendig und richtig, dass man einen Fußgängerübergang mitplant, mitüberlegt und miteinbezieht, weil dann habe ich 90 % aller Fußgängerbeziehungen auf diesen Fußgängerübergang auf natürlichem Weg drauf und natürlich die Fußgänger, die dann vom Casinobereich auf dieser Seite kommen, die können dann aber auch gesichert über diesen Weg gehen und das ist ein Gebot der Stunde, dass man diesen Fußgängerübergang, der auch ins Radwegekonzept hineinpassen würde, es ist ja nicht nur ein

Fußgängerüberweg, sondern auch ein Radwegenetz, dass eine extrem gute Anbindung, ein Radweg der kurzen Wege, die Stadt, das Zentrum, sicher, elegant, bequem angebunden werden kann. Ich ersuche alle Beteiligten hier noch einmal darüber nachzudenken. Jetzt geht es natürlich nur um Grundeinlösen, dass einmal Mittel bereitgestellt werden und dafür sind wir selbstverständlich einverstanden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr GR Kupfer bitte sehr.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Kollegin Reznar und der Kollege Vzbgm. Pfeil, haben grundsätzlich nicht Unrecht mit diesen Anmerkungen. Ich benütze diese Kreuzung beinahe täglich mehrmals, auch mit dem Fahrrad, und natürlich wäre ein Übergang in diesem Bereich die optimale Lösung. Ich glaube dem kann auch der ganze GR zustimmen. Das Problem an der ganzen Angelegenheit ist nur das, dass der Übergang halt auch eine große Stange Geld kostet, denke ich mir, und doch einige Fußwegebeziehungen, die mit diesem Übergang nicht vereinbar sind, eben entlang der Leopold-Werndl-Straße, an diesen Übergang nicht angeschlossen werden können. Aber grundsätzlich denke ich mir, muss uns schon klar sein, dass diese Fußwegeverbindung vom Hofergraben und von diesem neuen Siedlungsgebiet über die Krakowitzerstraße in die Stadt, eine der wichtigsten Verbindung in der nächsten Zukunft sein wird, einerseits durch die Siedlungstätigkeit dort und andererseits dadurch, dass man über die Tomitzstraße ja eigentlich als Fußgänger nicht sicher hinüberkommt und es wird sich mit den Bauprojekten entlang der Tomitzstraße auch in Zukunft nichts großartig verbessern, obwohl ich doch Hoffnung habe, dass auch mit der Verkehrsstudie, die in diesem Bereich gemacht wird, auch für Fußgänger in diesem Bereich vielleicht eine Lösung gefunden werden kann. Aber grundsätzlich, denke ich mir, ist die Radweg- und Fußwegverbindung über die Krakowitzerstraße Richtung Stadt in diesem Bereich eine wichtige Verbindung. Ich möchte auch ein Problem noch einmal verstärken, das ist die Parkraumsituation in der Krakowitzerstraße, im Reichenschwall. Dadurch, dass es Parkplatzprobleme im Bereich der Schule gibt, werden die Parkenden immer mehr in die Wohngebiete verdrängt. Also, wenn man am Tag in dieses Wohngebiet geht, sind eigentlich derzeit alle Grünflächen verparkt, an die Parkverbote hält man sich nicht. Ich bin nicht glücklich, dass dieser Übergang nicht finanziert werden kann, sehe das aber als Realität, denke mir aber, dass mit dem Schutzweg, noch dazu mit einem ampelgesteuerten Schutzweg, die Sicherheit der Fußgänger doch gewährleistet ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist GR Klausberger.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Meine Damen und Herren, weil die HAK vom Kollegen Vzbgm. Pfeil angesprochen wurde. Ich darf dazu doch sagen, dass jedes Ding zwei Seiten hat, auch ein Schranken hat natürlich zwei Seiten. Die Parkplatzsituation an der Steyrer HAK wurde gerade von meinem Vorredner angesprochen, eine Schule, die tausende Schüler und hunderte Lehrer, das ist ein Großbetrieb heute, jeden Tag, auch

verkehrsmäßig, zu bearbeiten hat, ist kein leicht zu lösendes Problem. Der Schranken wurde vor meiner Zeit, ich war eine zeitlang nicht an der Schule, das ist im Haus bekannt, installiert. Er ist derzeit nicht da, aber die Situation ist dieselbe. Ob jetzt ein Schranken da ist oder nicht, das können sie alle jederzeit beobachten. Die Gefährdung der Schüler findet statt, ob ein Schranken da ist oder ob kein Schranken da ist. Daher würde ich, lieber Herr Kollege Pfeil, die Sache mit dem Schranken eigentlich nicht dramatisieren, der hier in der Vergangenheit installiert wurde. Ich finde ihn als positiv, weil man ein bisschen zur Entschärfung, der vom Kollegen Kupfer angesprochenen extremen Parkplatzsituation beitragen kann. Die Parkplatzsituation wird sicherlich auch in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Steyr, mit allen zuständigen Stellen auch weiterhin entschärft und wir arbeiten hier auch intern im Lehrkörper an einer, glaube ich, positiven, gemeinsamen Lösung. Ich glaube, dass Eltern sehr häufig ihre Kinder auch von auswärts herbringen und daher meine ich, dass eine Fahrspur und eine Haltespur in der Form sicherlich zu einer Entspannung der Situation beitragen kann und ich darf also öffentlich auch sagen und begründen, warum ich dann diesem Antrag meine Zustimmung geben werde.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich noch GR Frech. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, ich finde es schade, dass wir heute diese Diskussion hier um die genaue Art der Straßenverbesserungsmaßnahmen im GR führen und nicht intensiv im jeweiligen Ausschuss. Selbstverständlich bin auch ich für Straßenverbesserungsmaßnahmen in diesem Bereich, es gibt genug Konfliktfälle derzeit und auch Unfallhäufungspunkte. Andererseits kann ich mich nicht erinnern, dass wir diese Frage, ob Übergang, ob Ampelregelung in einem der Ausschüsse wirklich grundsätzlich diskutiert hätten, korrigieren sie mich, wenn das nicht stimmen würde, also, weder im Bauausschuss noch im Verkehrsausschuss hat es eine Grundsatzdiskussion über die Art und Weise des „Wie“ gegeben, auch wenn im Amtsbericht steht, dass im Vorfeld im Bau- und Verkehrsausschuss diese Maßnahmen abgesprochen wurden. Das stimmt schlichtweg nicht, das ist im Amtsbericht falsch dargestellt. Weder im Verkehrsausschuss ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Darf ich einen Zwischensatz sagen? Jawohl, es wurde 1992, 1993 sehr wohl im Verkehrsausschuss intensiv diskutiert. Es war ja Ausfluss dessen, dass sogar die ÖVP das hineinreklamiert hat, damals die Planung dieses Steges.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Schon, nur nicht in der neuen GR-Periode und die besteht zu 50 % aus neuen Mitgliedern. Also, ich glaube nicht, dass man sich in einem Amtsbericht im Jahr 1999 dann auf 1992 beziehen kann. Ich denke mir, sie geben mir Recht Herr Dr. Pfeil, dass es sinnvoll gewesen wäre, diese Frage noch einmal zu diskutieren und dann, weil der Andy Kupfer gemeint hat, wenn man das Geld für den Übergang nicht hat, dann muss man sich halt mit der Ampel zufrieden geben. Ja, dann hätte man halt

überhaupt einmal schauen müssen, diese Grundsatzentscheidung zu treffen, haben wir genug Geld dafür, was kostet es überhaupt. Aber ich wäre froh darüber gewesen, wenn wir uns das im Vorfeld überlegt hätten, damit nicht das passiert, was wir jetzt laufend gehabt haben, und was sie, Herr Dr. Pfeil, schon angeführt haben, dass es eine Reihe von Fehlplanungen gegeben hat, in der letzten Zeit, im Bereich des Verkehrs, gerade im Bereich von Ampelanlagen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Schlusswort erübrigt sich hier, da diese Wortmeldungen ja nicht unmittelbar mit dem Antrag etwas zu tun haben. Daher ersuche ich sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? 1 (FPÖ - GR Reznar). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich danke Herrn StR Mayrhofer für die Berichterstattung.

Ich würde eine Pause von 10 Minuten vorschlagen.

PAUSE VON 10.20 UHR BIS 10.47 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort und ich darf nun unseren Bürgermeister und Finanzreferenten um seine Budgetrede ersuchen.

BE: BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, meine Herren Vizebürgermeister, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates. Als Finanzreferent komme ich auch heuer wieder gerne meiner Verpflichtung nach und präsentiere ihnen den Voranschlag für das Rechnungsjahr 2000.

Zunächst möchte ich ihnen aber einige Erinnerungen, die uns zugegangen sind und die nach dem Statut unserer Stadt möglich sind, kund tun.

Der Verein Drehscheibe Kind, flexible Kinderbetreuung, wünscht für den Vorkindergarten Elefant eine Erhöhung der Subvention von S 350.000,-- auf S 408.400,-- sowie für die stundenweise Betreuung KIKRA eine Subvention in Höhe von S 243.000,--. Sie begründen diese Subventionsansuchen damit, dass sie sich seit dem Bestehen des Vereines Drehscheibe Kind um finanzielle Unterstützung bemühen. Vor allem die neue Betreuungsform KIKRA ist eine Notwendigkeit, besonders bei kurzfristiger Arbeitsaufnahme, bei Ausfall von anderen Betreuungspersonen, bei Krankheit und unregelmäßigen Arbeitszeiten der Erziehungsberechtigten.

Herr Peter Birkner tritt für die Einrichtung einer Bürgerservicestelle im Rathaus ein, die auch für Gehbehinderte leicht zugänglich sein soll und in der möglichst viele Amtswege abgewickelt werden können. Weiters regt er eine Bestandsaufnahme von Wegbeleuchtungen im Stadtteil Resthof an, die darauf hinauslaufen soll, dass zusätzliche Wegbeleuchtungen angebracht werden sollen.

Herr Robert Stenitzer möchte möglichst viel Informationen, die mit dem Magistrat in Zusammenhang stehen, im Internet abrufen und auf elektronischem Weg Amtsgänge erledigen. Ebenso muss es, seiner Ansicht nach, möglich sein, den Budgetvoranschlag, GR-Protokolle und andere Dokumente aus dem Rathaus über Internet abrufen zu können. Er vermisst im Budget für das Jahr 2000 Ausgabeansätze für die Vernetzung und Computerausstattung der städtischen Hauptschulen und des Polytechnischen Lehrganges.

Die Familie Wlasaty ersucht im Budgetvoranschlag 2000 folgende Wünsche zu berücksichtigen:

Den Neuschönau-Bus auch zum Wochenende, insbesondere Sonntag vormittags, über die Route 3a zu führen.

Einen Direktbus von der Neuschönau zum Stadtplatz.

Haltestellen in der Pachergasse im Bereich Brauhaus Hofer.

Eine bessere Wartung bzw. Einrichtung von Kinderspielplätzen mit Toiletten, Trinkbrunnen ect.

Im Interesse betroffener Eltern um bessere Förderung der Drehscheibe Kind und ihrer Einrichtungen.

Eine weitere Erinnerung hat Herr Mag. Christian Frech für die Bürgerinitiative „Bessere Buslinien für Steyr“ eingebracht. Er führt darin aus, dass die im Sommer des Jahre 1999 vorgenommene Umstellung der Linienführung der städt. Busse zu einer Reihe von Verschlechterungen geführt hat. Von wenigen Ausnahmen abgesehen die eine Verbesserung der Situation bewirkten bezeichnete er die neue Linienführung, vor allem die Linie auf den Stadtplatz und die Linie von der Ennsleite durch die Neuschönau auf den Bahnhof, als verunglückt.

Völlig inhaltsgleiche Erinnerungen wurden von Kerstin Babner, Mag. Kurt Koller, Anna Kierer, Christine Mitterbauer, Leopold Mitterbauer, Erna Schüttbacher, Franz Schüttbacher, Monika Dick, Christine Buchner und Rudolf Buchner eingebracht. Da bei diesen Erinnerungen lediglich die Namen auf kopiertes Papier eingesetzt wurden, liegt die Vermutung nahe, dass sie einen Vorschreiber gehabt haben.

Als Hauptursache für den Ertragsrückgang im Wirtschaftsplan für den Versorgungsbetrieb Gas und Verkehr in Höhe von 2,5 Millionen Schilling sieht er die neue Linienführung und ist gespannt darauf, ob sich dieser Rückgang nicht noch deutlicher auswirken wird. In diesem Zusammenhang ersucht er den GR der Stadt Steyr eine deutliche Verbesserung der Linienführung für die städt. Autobusse dringendst herbeizuführen.

Frau Vera Koller führt in ihren Erinnerungen zum Haushaltsvoranschlag aus, dass sie ihr Recht als Bürgerin der Stadt Steyr in zweifacher Funktion wahrnehmen will. Zum einen als Bewohnerin des

Stadtteils Neuschönau und zum anderen als Inhaberin eines Geschäftes am Stadtplatz. Sie kritisiert die umständliche Linieführung der Linie 3a durch die Neuschönau auf den Stadtplatz. Weiters vermisse sie die Errichtung einer direkten fußläufigen Verbindung vom Bahnhof über die Enns in Form eines Fußgängersteiges. Ein solches Bauwerk würde ihrer Ansicht nach eine deutliche Verbesserung der Situation der Fußgänger darstellen die öffentliche Verkehrsmittel benützen und bereit sind, als Autofahrer ihre Fahrzeuge am Bahnhofsparkdeck abzustellen.

Frau Petra Lubinger-Prandstätter stören die Reisebusse mit den Touristen am Stadtplatz, die in der Mitte des Stadtplatzes ihre Fahrgäste aus- und einsteigen lassen, die meistens vor dem großen Weihnachtsbaum parken. Sie regt die Errichtung von Busparkplätzen im Bereich Promenade und beim Brückenkopf Eybl an. Weiters sieht sie ein Manko an gut erkennbaren ordentlichen WC-Anlagen im Altstadtbereich. Verbesserungswürdig findet sie auch die Beschilderung des Christkindlmarktes im Stadtplatz-bereich.

Frau Ingrid Lubinger regt an, dass eine mechanische Aufstiegshilfe zwischen dem Michaelaplatz und dem Tabor errichtet werden soll, die auch im, vom GR beschlossenen, Stadtentwicklungskonzept von Professor Breitling vorgesehen ist. Eine solche Errichtung würde wesentlich zur Attraktivierung des Fußgänger- und Radfahrverkehrs zwischen den Stadtteilen Tabor und Resthof und dem Stadtzentrum beitragen. In weiterer Folge könnte diese Maßnahme, nach Ansicht von Frau Lubinger, auch zu einer Entlastung des Stadtzentrums vom motorisierten Individualverkehr führen, der ja besonders an Donnerstagen und Samstagen zu einem regelmäßigen Verkehrsinfarkt führt. Auch seien, so Frau Lubinger, die Steyrerinnen und Steyrer, aufgrund der neuen Linienführung, zum Umsteigen vom Bus in das eigene Auto gezwungen.

Herr Mag. Christian Frech hat noch eine weitere Erinnerung eingebracht, die sich auf das Steyrer Stadtmuseum bezieht. Er führt darin aus, dass seit einigen Jahren wohl im Budget der Stadt Steyr immer wieder geringe Geldsummen für den Ausbau des Museums vorgesehen, jedoch nie wirklich ausgegeben wurden. Die nicht vorhandene Heizung im „Innerberger Stadl“ mache das Haus zwischen Oktober und April zu einer Eiserlebniswelt. In diesem Zusammenhang ersucht er den GR bei seiner Budgetdebatte in Betracht zu ziehen, dass sowohl ein baulicher als auch einrichtungsmäßiger Ausbau des „Innerberger Stadls“ eine dringende Notwendigkeit darstellt. Für das gesamte Projekt wäre ein ordentlicher Stufenplan zu erstellen und ebenso ein jährlicher Budgetrahmen vorzusehen.

So, meine Damen und Herren, das waren Erinnerungen, die ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Zur Geschäftsordnung. Nachdem das sehr viele Informationen waren, sie ja nur einen Teil der Erinnerungen inhaltlich gebracht haben, würde ich sie bitte ersuchen, dass sie diese Erinnerungen sämtlichen Mitgliedern des GR in Kopie zugehen lassen, damit der GR tatsächlich in der Debatte diese Vorschläge der Bürger berücksichtigen kann.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn ich sie richtig verstehe, hätten sie gerne, dass die Originalerinnerungen dem Gemeinderat zugemittelt werden. Das wird ein ziemlicher Aufwand sein.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, am Kopierpapier soll es nicht scheitern.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist eine Form des Aktionismus, die man natürlich auch betreiben kann, Frau Kollegin Frech. Ich bin überzeugt, dass sie ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bin überzeugt Frau Kollegin Frech, dass das lediglich die Fortsetzung einer Aktion ist, die sie schon länger vorbereitet haben und zusammen mit ihrem lieben Gatten, dem Herrn Mag. Frech, intensiv betreiben. Auch diese Deckungsgleichheit verschiedener Erinnerungen weist darauf hin. D. h. also, sie wollen als Liberale größer erscheinen, als sie sind. Aber wir können gerne ein bisschen Papier produzieren. Sie tragen nur nicht zu einem bei, was sie immer wieder vorgeben zu vertreten, nämlich die Bürokratie abzubauen und Kosten zu sparen, weil ich habe gemäß Statut alle Erinnerungen und auch ihre inhaltliche Position aufgeführt, damit der GR informiert ist und das auch später der Verhandlungsschrift entnommen werden kann. Da gibt es genaue Festlegungen. Ich bin dem nachgekommen. Ich weiß nicht, ob der hohe Gemeinderat wünscht, dass die Kopierer jetzt heißlaufen und dass man das alles noch x-mal, 36 mal 19, kopiert, die noch dazu zum Teil inhaltsgleich sind. Wenn der GR das wünscht, das können wir ja im Anschluss noch gesondert behandeln, wird das natürlich geschehen und wenn er es nicht wünscht, werden wir uns da eine kleine, ohnehin nicht vorgesehene, Kostensteigerung im Geschen des Magistrates vielleicht ersparen können.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Verrechnen sie mir bitte die Kopierkosten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es war ein Antrag zur Geschäftsordnung und wir werden über diesen Antrag abstimmen. Jede Fraktion hat eine Wortmeldung. SPÖ?

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Wir verzichten auf die Kopien.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

FPÖ? ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Eine Kopie pro Fraktion genügt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Findet das allgemeine Zustimmung?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Dem kann ich mich anschließen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Jede Fraktion bekommt eine Kopie. Danke, dann können wir fortfahren. Ich ersuche den Bürgermeister, seine Budgetrede zu halten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wenden wir uns wieder den Tatsächlichkeiten zu.

Ich möchte hier feststellen, dass dieses Budget, dieses Zahlenwerk, das ihnen vorliegt, die finanzielle Plan-Grundlage für das beginnende nächste Jahrtausend darstellt, wenn auch - wie genaue Rechner ja wissen - dieses Jahrtausend ja tatsächlich erst am 1.1.2001 beginnt.

Während es also angesichts des aller Orten spürbaren „Jahrtausendwechsel-Taumels“ augenscheinlich sehr viele mit dem Rechnen nicht so genau nehmen, tun wir dies in unserer Verantwortung für die Finanzen der Stadt und in unserem redlichen Bemühen um Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Effizienz umso genauer.

Und wie genau wir dabei wirklich sind, wie seriös die Zahlen und Einschätzungen sind, die wir in den vergangenen Jahren den Gremien der Stadt und im Speziellen natürlich dem Gemeinderat vorgelegt haben, dafür ist der aktuelle Nachtragsvoranschlag 1999 ein gleichermaßen eindrucksvolles wie aktuelles Beispiel.

Und natürlich kann man versuchen, auch ohne Zweifel positive Leistungen infrage zu stellen oder sie herabzumindern.

Es ist aber eine Tatsache, dass im Nachtragsvoranschlag 1999 der ordentliche Haushalt anstelle eines budgetierten Abganges von 7 Millionen einen Überschuß von 6,3 Millionen Schilling ausweist und zusammen mit einer nicht präliminierten Rücklagenzuführung in Höhe von 6 Millionen allein im OH eine Ergebnisverbesserung von 19,3 Millionen Schilling erzielt werden konnte.

Daran gibt es absolut nichts zu deuteln und zu rütteln. Das ist schlicht und einfach gute Budgetpolitik und vor allem auch strikter Budgetvollzug im Verlauf eines ganzen Jahres, was in Anbetracht der Wünsche und Begehrlichkeiten, die sich während eines Jahres ergeben bzw. auftauchen, ebenfalls keine besonders leichte Aufgabe darstellt.

Und noch etwas ganz Wesentliches ist uns beim diesjährigen Budgetvollzug wieder gelungen. Wir haben - ausgehend von einem für 1999 veranschlagten Rücklagenstand von 71,6 Millionen Schilling und nach einer bei Vorliegen des Rechnungsabschlusses 1998 erfolgten Korrektur auf 99,3 Millionen - schlussendlich unseren Rücklagenstand per Ende 1999 auf 108,3 Millionen Schilling im aktuellen Nachtragsvoranschlag erhöht.

Eine nicht zuletzt auch deshalb sehr positive Entwicklung, weil diese relativ hohe Rücklagenbildung sich natürlich auch auf die Budgeterstellung des Jahres 2000 positiv auswirken konnte.

Ebenso wie jenes auch nicht zu verachtende Faktum, dass wir unseren Schuldenstand heuer neuerlich senken konnten, es mussten um 19 Millionen weniger Darlehen aufgenommen werden als budgetiert waren, und mittlerweile halten wir bei einem Gesamtschuldenstand, inkl. ausgelagerter Darlehen für Kommunalzentrum sowie Alten- und Pflegeheim Tabor von insgesamt 86,9 Mio., bei einem Gesamtschuldenstand, also konsolidiert, von 677,3 Millionen Schilling.

Ein Wert, der - weil er eben auch sämtliche ausgelagerten Darlehen enthält und somit tatsächlich alle Verbindlichkeiten der Stadt beinhaltet - durchaus respektabel ist und gegenüber dem bei der Budgeterstellung erwarteten Schuldenstand von 705,5 Millionen eine weitere Schuldenreduzierung von nicht weniger als 28,2 Millionen Schilling innerhalb eines Jahres bedeutet.

Und diese Zahlen, meine sehr geehrten Damen und Herren, können sich nicht nur was ihren absoluten Wert betrifft durchaus sehen lassen, sie sind auch in Relation bzw. im Vergleich zu anderen Städten absolut konkurrenzfähig, ja ich würde angesichts der letzten Medienberichte über Budgetnöte in anderen Städte sogar behaupten, dass mittlerweile der eine oder andere Finanzreferent - sei es an der Donau oder an der Traun - etwas neidvoll nach Steyr blickt. Ich muss dazu sagen, es war auch schon umgekehrt. Da sieht man, dass es auch im Bereich der Finanzpolitik, der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung, die natürlich unmittelbar damit zusammenhängt, recht viele Veränderungen, auch in kurzer Zeit, geben kann.

Wir alle - und ich als Finanzreferent im Besonderen - können damit aber, so glaube ich, gut leben, und ich kann ohne Übertreibung und ruhigen Gewissens feststellen, dass auch der Budgetentwurf für das Jahr 2000 in seiner Gesamtheit wiederum so gestaltet wurde, dass auch im kommenden Jahr die Kontinuität gewahrt bleibt. Das bedeutet unter anderem auch im 5. Budgetjahr in Folge de facto keine Neuverschuldung, einen Rückgang der Verschuldung insgesamt und Überschüsse im Ordentlichen Haushalt und das bedeutet ebenso die finanzielle Bedeckung sämtlicher im Laufen befindlichen Projekte, und das bedeutet nicht zuletzt die notwendigen finanziellen Mittel, um mit Hochdruck jene Großprojekte baureif zu machen, für die wir unbedingt im Co-Finanzierungswege mit dem Land und zum Teil auch mit dem Bund, und von der wir wissen, jedenfalls was das Land betrifft, dass das leider erst im Jahr 2004 wieder möglich sein wird, stehen.

Die Perspektive, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Förderungskassen des Landes leer bzw. für die nächsten drei Jahre mehr oder minder verplant sind, ist für eine so dynamische und prosperierende Stadt, wie wir es sind und auch sein wollen, natürlich nicht erfreulich.

Denn natürlich wollen wir die großen Projekte und Ziele, die wir uns gemeinsam gesteckt haben, auch möglichst rasch verwirklichen.

Und zwar nicht weil diese Vorhaben uns persönlich zur höheren Ehre gereichen, sondern, weil sie wichtig und dringend notwendig für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sind und die Weiterentwicklung der Region insgesamt.

Und ich nenne hier nur die wichtigsten Großprojekte, die - und darüber bin ich auch sehr froh und dankbar - allesamt politisch außer Streit stehen.

Da wäre einmal das Alten- und Pflegeheim Münichholz mit einem voraussichtlichen Investitionsbedarf von rund 180 Millionen.

Ganz oben auf unserer Prioritätenliste steht natürlich auch die neue Sporthalle, die als Dreifachturnhalle so konzipiert werden soll, dass wir darin auch größere Publikumsveranstaltungen durchführen können, die sich derzeit für potentielle Veranstalter, aufgrund des geringen Fassungsvermögens der vorhandenen Säle und Räumlichkeiten, grundsätzlich nicht ermöglichen lassen.

Wir reden also von einer großen, multifunktionellen Stadthalle und somit von einer finanziellen Größenordnung in der Gegend von rund 100 Millionen Schilling.

Eine weitere Zielsetzung ist und bleibt natürlich auch der Neubau einer Volksschule im Stadtteil Resthof, die ich als wichtigen Teil des Nachrüstprogrammes für diesen Stadtteil erachte, zusammen mit der Kirche, die auch gebaut wird und die wir auch fördern wollen, und ich glaube, dass es eine Aufwertung sein wird und ein Signal dafür darstellt, dass dieser Stadtteil in der Öffentlichkeit derzeit weit unter seinem Wert ge- und behandelt wird.

Aber auch Schulen kosten Geld, und speziell wenn es sich um Pflichtschulen handelt, ist die Stadt als Schulerhalter besonders gefordert, und wir werden - weil wir ja auch gleich einen Mehrzwecksaal mitbauen wollen und auch müssen - hier mit Größenordnungen zwischen 50 und 60 Millionen rechnen müssen.

Von, für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt, ganz entscheidender Bedeutung wird aber auch der Wirtschaftspark Steyr Nord sein, dessen Realisierung wir daher mit großem Nachdruck vorantreiben und dessen Grundidee und Konzeption - das kann man ohne Übertreibung sagen - wiederum ausgezeichnet und bestechend ist, jedenfalls so gut und akzeptabel, dass auch schon private Investoren mitgeteilt haben, sich an diesem Großprojekt zu beteiligen, wie etwa die Bank Austria kürzlich bei einer Eröffnungsveranstaltung. Ich gehe davon aus, dass sich auch noch große Versicherungen und andere Investoren im Bankenbereich bei diesem Projekt, das für uns in der Stadt rund 700 neue Arbeitsplätze bringen kann und soll, beteiligen werden. Natürlich werden wir auch als Stadt hier an erster Stelle Vorleistungen bringen müssen, die sich auch bis in dreistelliger Millionenhöhe bewegen werden.

Bei dieser beispielhaften Aufzählung noch nicht dabei sind so „Kleinigkeiten“ wie etwa eine neue Musikschule oder auch das Projekt Schwimmschule, das ich in seiner Funktion als das älteste Arbeiterbad Europas, als Kulturprojekt höchster Güte, betrachte, und für dessen Erhalt bzw. Generalsanierung wir versuchen werden, auch aus den Kulturbudgets des Landes und der EU, Geldmittel zu entlocken.

Es wird uns aber - und da brauchen wir uns nichts vormachen - nicht erspart bleiben, auch als Stadt einen beträchtlichen finanziellen Beitrag zu leisten. Und dasselbe gilt auch für die neue Musikschule, wo ich den Beitrag der Stadt in die Gegend von rund 20 Millionen Schilling einschätze.

Ebenfalls nicht erwähnt in dieser Aufzählung habe ich den weiteren Ausbau der Fachhochschule, die sich prächtig entwickelt und sich einer ausgezeichneten Nachfrage bei den Studierenden erfreut. Wir haben bereits Beschlüsse gefasst, dass neue Studiengänge dazu kommen sollen. Wir haben de facto die Zustimmung zu erwarten, wenn der österreichische Fachhochschulrat sich wieder bildet, das wird also unmittelbar nach der Regierungsbildung sein, dass wir den Studiengang „Internationales Logistikmanagement“ bewilligt bekommen. D. h. aber, dass wir im Herbstsemester 2000 bereits mit diesem neuen Studiengang, nachdem es sicher eine enorme Nachfrage geben wird, weil in diesem Bereich natürlich noch viel Geld auf der Straße liegt und die Unternehmen hier hochqualifizierte Mitarbeiter, die diese Ausbildung haben, die es bisher in Österreich nicht gibt, sich sicher anstellen werden um die Abgänger in ihre Unternehmungen aufnehmen zu können.

Wir haben weitere Studiengänge in Ausarbeitung, und auch Kostenübernahmen bereits im GR beschlossen. Vor allen Dingen dieser neue Studiengang „Health and Care“, ein Bereich der auch hochaktuell ist und an dessen Gelingen hier hervorragende Mitarbeiter aus der Ärzteschaft, aus der Verwaltung von Spitälern, Spitzenvertreter des Pflegepersonals und EDV-Spezialisten für Verwaltungsprogramme in Krankenhäusern, erfolgreiche Vertreter, die wir zum Glück in unserer Stadt haben, mitwirken. Ich gehe davon aus, dass es uns bei dieser Herangehensweise auch gelingt, noch einen weiteren Studiengang für Steyr an Land ziehen zu können. Nicht zu vergessen die zwei Tochterstudiengänge, hier Vertriebsingenieur, ein Defizit in Österreich überhaupt, nämlich hier diese Verbindung technisches und kaufmännisches Wissen gebart mit Sprachkenntnissen. Das ist also, glaube ich, auch ein sehr interessantes Ausbildungsgebiet, das sehr nachgefragt werden wird. Wir wollen auch hier den Produktions- und Managementtechnikstudiengang für Klein- und Mittelbetriebe adaptieren, wo ein Bedarf nach solch gut ausgebildeten Kräften besteht, dass sie in der Region diese Ausbildung machen können, weil sie da leichter und nicht von der unmittelbaren Notwendigkeit den Betrieb, oft elterlichen Betrieb, verlassen zu müssen, diese Ausbildung machen können.

Ich möchte erwähnen, dass wir uns sehr bemühen müssen das Citygaragenprojekt und mit dem zweiten Amtshaus weiter voranzutreiben. Auch da haben wir einen breiten politischen Konsens und wird uns natürlich auch alleine schon bei der Beschaffung der Voraussetzungen Geld kosten, weil die Grundstücke als erstes eigentlich besorgt werden müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Allein anhand dieser kurzen Aufzählung, die nicht erschöpfend ist, wird deutlich, welch hohen Investitionsbedarf wir in unserer Stadt haben - und ich würde ihn - wenn ich nur die paar von mir erwähnten Großprojekte nehme - aktuell etwa mit einer Milliarde Schilling beziffern.

Eine Größenordnung, die das Volumen von etwa fünf außerordentlichen Haushalten umfasst, und bei der es daher notwendig sein wird, auch nach neuen, außerbudgetären Finanzierungsmodellen Ausschau zu halten, wie es andere Städte schon vorzeigen, wo wir in Steyr bisher recht zurückhaltend waren, weil eines ja feststeht, dass jede Finanzierung, und sei sie noch so attraktiv und intelligent, letztendlich bedeutet, dass aus dem ordentlichen Haushalt und dem zukünftigen ordentlichen Haushalten dieser Stadt diese Finanzierungsanteile, bis auf den letzten Groschen, zurückbezahlt werden müssen.

Wir werden daher auch bei eventuell neuen Finanzierungsvarianten stets das Ganze, und das war bisher in der Finanzpolitik immer unser Grundprinzip, sprich die Finanzsituation der Stadt insgesamt zu betrachten haben und davon ausgehend die Entscheidungen seriös und verantwortungsvoll zu treffen haben.

Unbestritten aber ist - und damit komme ich an den Ausgangspunkt in Bezug auf den finanziellen Förderungsengpass des Landes zurück -

dass wir unsere Projekte keinesfalls jetzt auch bis 2004 auf Eis legen sollen oder dürfen. Ganz im

Gegenteil, wir müssen - und wir sind uns darüber auch einig geworden - mit allem Nachdruck und mit ganzer Kraft und vollem Engagement sämtliche Projekte, die für uns in den nächsten Jahren Priorität besitzen, nicht nur fix und fertig planen, sondern bis ins letzte Details so weit vorantreiben, dass sie uns baureif vorliegen und die Finanzierungszusage des Landes, wenn sie kommt, quasi nur mehr der endgültige Startschuss für die Verwirklichung bedeutet.

Mit der Vielzahl dieser Projekten und Vorhaben, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir uns zweifelsohne sehr ehrgeizige Ziele gesetzt.

Wir müssen daher auch in Zukunft diesen Spagat schaffen, der uns in den letzten Jahren, wie ich meine, recht gut gelungen ist; nämlich der Spagat zwischen Sparsamkeit in Verbindung mit einer Steigerung der Effizienz und jenem Maß an Investitionsfreudigkeit, die sich an den Prämissen orientiert, was auch tatsächlich finanziell machbar und nicht zuletzt mit Blick auf die Folgekosten auch auf längere Sicht verkraftbar ist.

Sparsamkeit und Steigerung der Effizienz, meine Damen und Herren, diese Zielvorgaben besitzen für jedes Unternehmen und somit auch für das Dienstleistungsunternehmen Magistrat Steyr permanente Priorität.

Und ich meine, auch wenn natürlich noch Verbesserungspotential vorhanden ist, dieses ist immer vorhanden, dass sich speziell was Sparsamkeit und Steigerung der Produktivität und der Effizienz angeht, in den letzten Jahren das Erreichte sehen lassen kann.

Und ich darf in diesem Zusammenhang nur darauf verweisen, dass wir etwa, was die Mitarbeiteranzahl des Magistrates betrifft, im Jahr 2000 nur um 14 Mitarbeiter mehr haben als 1997, und dass von diesen 14 wiederum 8 Lehrlinge sind, die wir aufgenommen haben, auch aus dieser Beschäftigungsproblematik in der Jugend und nach Diskussionen hier im Gemeinderat.

Wenn wir in Rechnung stellen, dass wir in den Vorjahren bereits rund 5 Prozent, das sind an die 50 Mitarbeiter, beim Personal eingespart haben, sowie gleichzeitig sehen, und das kann ja niemand ernsthaft bestreiten, dass die Aufgaben und Leistungen, die wir im Interesse und im Dienste der Bürgerinnen und Bürger erbringen, von Jahr zu Jahr nicht weniger, sondern deutlich mehr und zum Teil auch schwieriger und komplexer werden, dann ist dies wohl mehr als ein deutlicher Beweis für große Sparsamkeit und eine beachtliche Effizienz- und Produktivitätssteigerung. Ich weise nur auf zwei Beispiele hin, wo Personalvermehrungen unumgänglich sind. Unser neuer 6-gruppiger Kindergarten z. B. im Münchenholz oder auch das Kinderschutzzentrum. Es gibt auch noch andere Bereiche, wo wir neue Leistungen, die uns geboten und notwendig erscheinen, angeboten haben und wo daraus auch immer ein Personalbedarf und Folgekosten resultieren.

Wenn wir uns dann noch anschauen, weil in der Öffentlichkeit sehr gerne von den Personalkosten gesprochen wird, die im Magistrat angeblich so hoch sind, dass die Steigerung bei den Personalkosten im Durchschnitt der letzten vier Jahre jeweils unter 2 % betragen hat, und - und jetzt passen sie bitte gut auf meine Damen und Herren - dass 40 Prozent der Magistratsbediensteten ein Schema-Gehalt von unter 20.000 Schilling haben, dann wird schon sehr klar, dass wir auch in punkto Bezahlung sparsam umgehen.

Und ich kann in diesem Zusammenhang auch noch eine österreichweit gültige Vergleichszahl anbieten.

So wird im statistischen Monatsheft der Nationalbank jährlich ein Index über die österreichische Lohn- und Gehaltsentwicklung veröffentlicht. Und wenn man diesen Österreich-Index der Brutto Lohn- und Gehaltsentwicklung von 1994 bis 1998 betrachtet, dann errechnet sich dabei eine Steigerung von rund 10 Prozent während im selben Zeitraum die Personalkosten beim Magistrat Steyr um ganze 3 Prozent gestiegen sind.

Man kann es sich daher, zumindest was die Steyrer Stadtverwaltung betrifft, nicht so einfach machen und auch die im Städtevergleich und auch in österreichweiter Relation relativ niedrige Personalkostensteigerung kritisieren und dazu als Argument anführen, dass die Kosten für das Personal trotz der gesetzlich vorgeschriebenen Lohnerhöhungen und Vorrückungen auch nicht geringfügig steigen, sondern ganz einfach sinken müssen, weil man dann auch klipp und klar dazu sagen müsste, wie viel und auch konkret welches Personal wir nicht mehr weiter beschäftigen sollen bzw. nicht mehr benötigen.

Dies wäre im Übrigen auch deshalb interessant, weil sogar der Rechnungshof der Personalkosten-Entwicklung der Stadt Steyr in seinem aktuellen Abschlussbericht, der dem Prüfungsausschuss zurzeit zugeleitet wird und auch im nächsten GR voraussichtlich zur Debatte stehen wird, für 1998 ein großes Lob zollt, in dem er nämlich sehr positiv vermerkt, dass die Ausgaben für das Personal im Jahr 1997 sogar etwa unter jenen des Jahres 1995 lagen und dass die Anzahl der Planstellen zwischen 1994 und 1997 um 3 % reduziert wurde. Wir wissen aber auch, diejenigen die sich mit den Personalfragen beschäftigen, dass wir auch in letzter Zeit durchgeführte Ausschreibungen, aus denen geht das klar hervor, auch Spitzenposten abgewertet haben und auch aus diesem Titel wird eine nachhaltige Einsparung eingeplant und im zukünftigen Land zu Buche schlagen.

Von diesem Lob des Rechnungshofes, und es ist schon außergewöhnlich, weil es ist nicht die Aufgabe des Rechnungshofes, jedenfalls verstehen die Herren, die uns immer wieder als Prüfer besuchen, das nicht als ihre herausragende Aufgabe uns zu loben, sondern eher uns zu kritisieren und das ist auch richtig so, müssen wir uns als Mandatare schon darüber im Klaren sein, und ich erinnere nur an die vielen Projekte und Aufgaben, die wir in naher Zukunft realisieren wollen, dass wir dazu auch Mitarbeiter brauchen, dass diese Mitarbeiter auch fachlich kompetent, engagiert und motiviert sein sollen, das verlangen wir jeden Tag von ihnen, und dass wir nicht nur immer mehr Aufgaben verteilen und erwarten können, dass sie rasch und perfekt erledigt werden, wenn wir dieses fachlich geeignete Personal nicht auch in der notwendigen Anzahl zur Verfügung haben.

Ich bekenne mich daher absolut zur Fortsetzung des Sparkurses auch beim Personal, und die Fakten bestätigen ja, dass dies in der Praxis auch umgesetzt wird.

Ich halte aber nichts davon, mit irgendwelchen Prozentsätzen, quasi nach der Rasenmähermethode, Einsparungen beim Personal zu fordern, ohne konkret dazu zu sagen und die entscheidenden Fragen zu beantworten „wo?“, „warum?“ „wer?“ und vor allem, „wie?“ und „von wem?“ die Arbeit in diesen von der Personalreduzierung betroffenen Bereichen in Zukunft erledigt werden soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Budgetentwurf für das Rechnungsjahr 2000, der uns heute zur Beschlussfassung vorliegt, stellt, wie ich eingangs schon erwähnt habe, die finanzielle Plan-Grundlage der Stadt für das Jahr 2000 und somit auch den Beginn des neuen Jahrtausends dar.

Und wenn man den Gesamtbudgetrahmen betrachtet, der neuerlich deutlich über der Milliardengrenze liegt, dann wird allein dadurch deutlich, dass wir uns wieder viel vorgenommen haben, dass wir ein Vielzahl von Plänen und Vorhaben realisieren oder zumindest der Verwirklichung ein weiteres Stück näher bringen wollen. Neben der Realisierung von einer Reihe von Projekten wird dieses Jahr 2000 vor allen Dingen ein Jahr der Planungen sein. Planungen die wir im Vorfeld tätigen müssen, in einer hohen Qualität, damit wir überhaupt die Förderungskulissen des Landes, des Bundes oder gar der EU erreichen können.

Dieses umfangreiche Zahlenwerk ist daher für die Stadt der finanzielle Leitfaden, der nach bestem Wissen und Gewissen erstellt wurde und indem, davon bin ich überzeugt, kein Projekt, kein Vorhaben enthalten ist bzw. dafür eine finanzielle Bedeckung vorgesehen wurde, das nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist oder der Entwicklung der Stadt insgesamt nützt oder dienlich ist. Ich gehe sogar noch darüber hinaus; ich behaupte, dass in diesem Budget eigentlich nichts drinnen ist, was nicht eigentlich jeder von uns haben möchte. Das Problem ist eher, dass noch

mehr drinnen sein sollte, dass dies aber an die Grenzen der Finanzierbarkeit dieses Budgets stößt.

Ich bin davon wirklich zutiefst überzeugt und ich hoffe und bin zuversichtlich, dass auch eine möglichst große Mehrheit im Gemeinderat diese Einschätzung teilt und daher diesem Budgetvoranschlag für das Jahr 2000 in der Form des vorliegenden Abänderungsantrages die Zustimmung geben wird.

Konkret, meine sehr geehrten Damen und Herren, sieht der Budgetentwurf in der Fassung des Abänderungsantrages einen ausgeglichenen Haushalt in Höhe von 1.009,4 Millionen sowie einen außerordentlichen Haushalt in Höhe von 189,2 Millionen vor, was einen Gesamtbudgetrahmen von 1.198,6 Millionen ergibt.

Dies bedeutet im Vergleich zum Rechnungsjahr 1999 eine Erhöhung des Ausgabenrahmens im ordentlichen Haushalt um 35,8 Millionen Schilling oder 3,5 %, sowie eine Reduzierung im außerordentlichen Haushalt um 7,8 Millionen oder 4,0 %.

Dieses gewaltige Budgetvolumen von rund 1,2 Milliarden Schilling, nimmt man ausgelagerte Bereiche dazu wie GWG, Stadtwerke, APT, Reinhaltverband, dann nähern wir uns schön langsam der 2-Milliarden-Größenordnung, verdeutlicht aber nicht zuletzt auch den hohen Stellenwert den die Stadt selbst als Wirtschaftsfaktor besitzt.

Und wie viele wichtige Impulse für die unterschiedlichsten Bereiche von diesen Budgetmitteln ausgehen, das wird erst dann richtig ersichtlich und nachvollziehbar, wenn man sich einige Positionen näher anschaut, was ich daher beispielhaft jetzt tun möchte.

Ich möchte aus dem Ordentlichen Haushalt als eines der Beispiel etwa den „Education Highway“ für unsere Hauptschulen und den polytechnischen Lehrgang nennen, für dessen Verwirklichung wir inklusive der Jahresbetriebskosten knapp S 900.000,-- vorgesehen haben, weil wir selbstverständlich auch unseren Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit bieten wollen, auch im Unterricht mit den neuen Kommunikationstechnologien vertraut zu werden und erste praktische Erfahrungen zu sammeln.

Als zweites Beispiel im ordentlichen Haushalt möchte ich das neue Sozialprojekt eines Tagespflegenzentrums auf der Ennsleite nennen, wo wir in einem Stadtteil mit statistisch sehr hohem Anteil an älteren Menschen, die Möglichkeit einer Tagesbetreuung bieten wollen. Ein Serviceangebot, das, wie wir hoffen, auch gut angenommen werden wird und mit dem wir auch unsere Bemühungen, den älteren Mitbürgern so lange wie nur irgendwie möglich das Wohnen und Leben in ihrer gewohnten Umgebung zu ermöglichen, gezielt fortsetzen.

Aus dem außerordentlichen Haushalt, für den wir insgesamt 189,2 Millionen veranschlagt haben, möchte ich ebenfalls nur einige wenige Beispiele herausgreifen, wobei mit Investitionen von 31,3 Millionen im Straßen- und Brückenbau sowie weiteren 22 Millionen für den Kanalbau der Baubereich allein wiederum mehr als 53 Millionen Schilling umfasst.

Als Stadt der Flüsse sind wir automatisch aber natürlich auch eine Stadt der Brücken, und müssen in diesem Bereich außerplanmäßig im kommenden Jahr jetzt auch die Kalkofenbrücke generalsanieren, wofür wir zusätzlich 4,5 Millionen im aktuellen Budgetentwurf vorsehen mussten und uns etwa dieselbe Summe dafür noch für das Jahr 2001 ins Haus stehen wird.

Weiters haben wir für Müllbeseitigung und -deponie 16,4 Millionen budgetiert, 11,6 Millionen für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen und 11 Millionen für das neue Alten- und Pflegeheim Münchenholz, Grund- und Planungsaufgaben werden diesen Umfang an Finanzmittel erfordern.

Weitere 10 Millionen haben wir für die Planung der neuen Bezirkssporthalle präliminiert und 9,5

Millionen für die Ausfinanzierung der letzten Sanierungsetappe des Hallenbades mit dem Saunabereich.

Darüber hinaus wurden hohe Finanzierungspositionen für die Stadtwerke, 8,8 Millionen Schilling Kapitaleinlage, die Wohnbauförderung mit 6 Millionen, den Umbau der Bücherei mit 5 Millionen, die Adaptierung des Rathauses mit 4,6 Millionen, Altstadterhaltungsmaßnahmen mit 4,2 Millionen sowie die neue Volksschule Resthof mit 4 Millionen festgeschrieben.

Erwähnen möchte ich aber auch noch, dass wir auch einen Betrag in Höhe von 1 Million Schilling für die Übersiedlung der Notschlafstelle ins Budget aufgenommen haben, eine weitere Million für Sanierungsmaßnahmen im Freibadbereich, und auch für die Jugendkultur haben wir zusätzliche Geldmittel für den weiteren Ausbau in Höhe von einer halben Million Schilling vorgesehen. 100.000 Schilling werden hier für die Erstellung einer Jugendstudie in diesem Budget dienen.

Für die Finanzierung, und damit komme ich vorerst auch schon zum Schluss, der zweifellos wiederum sehr umfangreichen Budgetvorhaben, werden wir Rücklagen in Höhe von 51,9 Millionen auflösen sowie 93 Millionen an Darlehen aufnehmen. Weitere 33,5 Millionen werden durch Landes- und Bundeszuschüsse finanziert und 10,9 Millionen Einnahmen erwarten wir durch Vermögensveräußerungen.

Damit weist der Budget-Entwurf einen Rücklagenstand per Ende 2000 von rund 48,9 Millionen und einen Schuldenstand von 685,8 Millionen auf.

Mit Darlehensrückzahlungen in Höhe von 78,8 Millionen und Darlehensneuaufnahmen von 93 Millionen weist der Budgetentwurf 2000, wie im Vorjahr, fast keine Neuverschuldung auf, und wir gehen angesichts der von uns stets mit hoher Sicherheit ausgelegten Budgetierung davon aus, dass, so wie in den letzten Jahren, das tatsächliche Rechnungsergebnis wieder besser sein wird als das Präliminare und wir daher auch im Jahr 2000 neuerlich keine Netto-Neuverschuldung haben werden.

Und dass dies kein Wunschdenken ist, meine Damen und Herren, sondern es mehr als wahrscheinlich ist, dass die Entwicklung so verlaufen wird, dafür spricht vor allen Dingen auch die allgemeine, positive wirtschaftliche Situation in unserer Stadt und vor allem die florierenden Großbetriebe, wie SNF, BMW und SKF, neben einer günstigen Wirtschaftsentwicklung in vielen anderen Bereichen und Betriebsgründungsaktivitäten. Alleine im heurigen Jahr haben die Großbetriebe in den letzten Monaten rund 350 zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt. Auch auch im kommenden Jahr wird punktuell, wie wir hören, noch zusätzlich Personal eingestellt. Das können wir positiv einschätzen, das wird das Kommunalsteueraufkommen in einer geeigneten Weise beeinflussen und unsere Einnahmen in der Stadt damit auch.

In diesem Sinne erfüllt der Budgetvoranschlag für das Jahr 2000 in der Fassung des Abänderungsantrages selbstverständlich auch die Maastricht-Kriterien, und ich darf sie daher ersuchen, nach einer angeregten Debatte, wie ich hoffe, diesem Budget mit großer Mehrheit ihre Zustimmung zu erteilen.

Meine Damen und Herren, ich darf nun den Antrag konkret vortragen.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

8) Fin-100/99

Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2000 wird im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von **S 1.010.428.000,-** und im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von **S 180.060.000,-** ausgeglichen, im Einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind, festgestellt.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt.

Weiters werden genehmigt:

Die dem Voranschlag beigeschlossenen „Allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages“.

der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Steyr mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt S 69.449.000,- und der des Steyrer Versorgungsbetriebes mit insgesamt S 137.534.000,-, der Investitionsplan der Stadtwerke Steyr mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von S 17.005.000,-, der Investitionsplan des Versorgungsbetriebsverbundes mit S 15.870.000,-, der Wirtschaftsplan des Alten- und Pflegeheimes Tabor mit Aufwendungen und Erträge in Höhe von insgesamt S 105.000.000,-, der Investitionsplan des Alten- und Pflegeheimes Tabor mit S 2.000.000,-, der Wirtschaftsplan der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr Ges.m.b.H. (GWG), der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben.

Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe

500 v. H.

Grundsteuer B für andere Grundstücke 500 v. H.

Zudem möchte ich den gemeinsamen Abänderungsantrag vortragen und zur Kenntnis bringen.

Gemeinsamer Abänderungsantrag der nachfolgend unterfertigten im GR der Stadt Steyr vertretenen Fraktionen.

Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2000

Der Antrag des Stadtsenates an den GR, Fin-100/99 Mag. Le/ha vom 29.10.1999, beschlossen in der Sitzung des StS vom 11.11.1999, wird wie folgt abgeändert:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 2000 wird

im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von S 1.010.428.000,- mit

S 1.009.359.000,- und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen **sowie im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von S 180.060.000,- mit**

S 189.210.000,- und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen **festgestellt.**

Bezüglich der in der Beilage angeführten zusätzlichen Mittel wird festgelegt, dass sie nur für die

angeführten Zwecke zur Verfügung stehen und daher Kreditübertragungen für andere Vorhaben nicht möglich sind.

Sämtliche anderen Teile des ursprünglich vorgelegten Voranschlags 2000 bleiben unverändert.

Weiters wird der GB für Finanzen ermächtigt, die notwendigen Änderungen bei den diversen Voranschlagsstellen, die sich aufgrund der Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 30. September 1999, BGBl. II Nr. 369, mit der die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 1997 - VRV 1997 geändert wird, ergeben, entsprechend umzusetzen. Eine betragsmäßige Änderung des Voranschlags ist damit nicht verbunden. (Beilage)

Dieser Abänderungsantrag ist ausreichend unterstützt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich zum Schluss außerordentlich sagen zu dürfen, dass die Gespräche hart waren, dass sie aber sehr konstruktiv verlaufen sind und dass hier die Zielsetzung, möglichst eine Übereinstimmung in diesem Budget zu finden, bei denen die hier als Verhandlungsführer in Erscheinung getreten sind, eine ausgeprägte Zielsetzung gewesen ist, daher ist auch hier heute zu erwarten, dass dieses doch so wichtige Budget für das Jahr 2000 mit einer überwältigenden Mehrheit beschlossen wird. Ich bedanke mich bei allen, die hier in vielen Gesprächen, Verhandlungen, Sitzungen mitgewirkt haben, in dieser konstruktiven Weise. Ich möchte aber vor allen Dingen auch unserer Beamtenschaft herzlich danken, allen voran Herrn Mag. Lemmerer, aber auch allen anderen, die in langen und schwierigen Vorbereitungsphasen hier auch ihr Bestes gegeben haben, dass wir dieser Stadt für das Jahr 2000, dieses Millenniumsjahr, eben eine Richtung geben können, von der wir, und ich hoffe auch die Bürger in unserer Stadt, überzeugt sein können, dass wir weiterhin auf dem richtigen Weg ins nächste Jahrtausend sind. Danke sehr.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke unserem Bürgermeister und Finanzreferenten für die ausführliche Berichterstattung.

Ich möchte jetzt fragen, wann wir Mittagspause machen? Ich habe gerade vom Herrn Magistratsdirektor erfahren, dass um 12.00 Uhr das ORF-Team kommt, um die Bürgermeister zu filmen. Ich hätte vorgeschlagen, dass ich den Fraktionsvorsitzenden noch die Wortmeldung erteile und dann machen wir die Mittagspause. Findet das Zustimmung?

So, nun darf ich Herrn StR Bremm um seine Wortmeldung ersuchen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Sehr verehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, geschätzte Vertreter der Presse. Ich möchte nur eine Bemerkung zu dem erst Erwähnten des Bürgermeisters machen. Jene, die das Papier jetzt nicht bekommen haben, es war eine sinnvolle Entscheidung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dieses vorbereitete Papier von der Familie Frech hinterlässt keine Bildungslücke, wenn sie es nicht ausführlich lesen können. Also, wir haben hier, glaube ich, einen sinnvollen Vorgang und einen kleinen Beitrag zum Sparen gemacht.

Sehr verehrte Kolleginnen, liebe Kollegen. Nachdem uns der Finanzreferent, unser Herr Bürgermeister, wie ich meine, in seiner Budgetrede einen wirklich umfassenden und generellen

Überblick über die Planzahlen für das Jahr 2000 vermittelt hat, könnte ich in meiner Wortmeldung eigentlich sagen, im Namen unserer Fraktion, es ist dem nichts hinzuzufügen, es umfasst wirklich alle Themen, alle Problembereiche, viele Wünsche. Es ist für uns kein Punkt wegzudenken, und wir möchten daraus nichts streichen, das jetzt im Budget drinnen ist. Ich möchte aber auch nicht verhehlen, dass es nicht noch auch Wünsche geben würde. Aber wie es halt auch vor Weihnachten ist, nicht alle Wünsche werden immer erfüllt. Ich möchte aber doch das nicht so belassen, sondern auf einige Bereiche eingehen, von denen ich glaube, dass sie es verdienen, hervorgehoben zu werden.

Und dazu zählt mit Sicherheit die Tatsache, dass uns heute ein Budget zur Beschlussfassung vorliegt, das in seiner Gesamtheit grundsolide ist, das sowohl ausgabenseitig als auch einnahmenseitig als in hohem Ausmaß konsolidiert bezeichnet werden kann, und das - und das haben ja die Budgetverhandlungen auch gezeigt - sogar den einen oder anderen Spielraum bietet, um zusätzliche Anliegen und Wünsche ans Budget auch noch zu verwirklichen.

Das ist, und der Bürgermeister hat das ja schon vornehm angedeutet, keine Selbstverständlichkeit, und hier meine ich nicht die Wünsche, in den 445 öö Gemeinden und auch nicht in den anderen Statutarstädten Linz und Wels, wo es massiv im Finanzgebälk knirscht und wo - wie es sich abzeichnet - jetzt und auch in den nächsten Jahren jener Sparkurs gefahren werden muss, den wir schon 1994/1995 eingeleitet haben und den wir letztendlich auch bis heute wirklich nicht verlassen haben.

Und ich will und möchte eigentlich auch gar nicht mehr auf die Kassandrarufo von damals eingehen, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, die gelautet haben: „Die Stadt Steyr ist pleite“ und ähnlich, sondern nur schlicht und einfach festhalten, dass die Zurufe falsch und somit nicht gerechtfertigt waren und somit auch entbehrlich gewesen sind.

Dass wir uns aber gemeinsam darüber freuen können, dass es uns - und da haben wir ja alle mehr oder weniger dazu beigetragen - gelungen ist, die Finanzen in Ordnung zu bringen.

Und vor allem, dass uns dies gelungen ist, ohne deshalb den Schwung zu bremsen, der in diesen Jahren durch Investitionen und neue, in Realisierung befindlicher Projekte in der Stadt vorhanden und spürbar war und der letztendlich auch dazu geführt hat, dass wir die mageren Jahre relativ gut bewältigt haben und jetzt in den Genuss der positiven wirtschaftlichen Gesamtentwicklung kommen, die in unserer Stadt noch deutlicher spürbar wird, weil vor allem die Großbetriebe, wie das auch der Bürgermeister angeführt hat, wie BMW, SNF oder SKF hervorragend laufen, satte Gewinne erzielen, was sich entsprechend auch in der Steuerleistung niederschlägt. Ich möchte hier auch anmerken und noch einmal in Erinnerung rufen, dass es sicherlich sinnvoll war, die Wirtschaftsförderung, die man ja gerade in Richtung der Großbetriebe so und so sehen kann, in Summe glaube ich war die Entscheidung des GR in der Förderung BMW, SKF oder SNF sinnvoll, weil auf der Umwegrentabilität für die Stadt eine äußerst positive Bilanz zu verzeichnen ist.

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, positive Budgetzahlen sind aber nicht nur das Ergebnis von den großen Firmen, von Fremdeinflüssen, auch intern, im Hause Magistrat, haben wir die Hausaufgaben recht gut gemacht. Es ist schon vom Bürgermeister angeführt worden, wir haben gerade in der Personalpolitik, in den vergangenen Jahren erfolgreich gearbeitet, wir sind hier im Personaleinsatz sparsam gewesen, aber auch bei der Entwicklung der Personalkosten. Diese Politik die wir hier beschränkt haben, hat aber, und das muss man auch bei dieser Gelegenheit noch einmal deutlich sagen, für die Kolleginnen und Kollegen, für die Beschäftigten im Magistrat, dementsprechende Anspannungen und Mehrbelastungen mit sich gebracht und ich möchte die Gelegenheit hier nützen, mich im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion bei den Beschäftigten für ihre Bereitschaft, für ihr Engagement, hier diesen sparsamen Weg mitzugehen, auch recht herzlich zu bedanken. Zu einer erfolgreichen Budgetpolitik gehört aber auch, und hier haben wir gerade in den letzten Jahren gesehen, welche Möglichkeit es gibt, ein erfolgreiches und engagiertes

Finanzmanagement. Wir haben ja hier in den letzten Jahren, die geschickten Verhandlungen, die geführt worden sind, bei Förderungen oder mit Verhandlungen von Banken, im Bezug auf Kredite, gesehen, dass es hier auch zu Einsparungen kommen kann, ohne damit irgendwo Schmerzen zu verabreichen und dazu gehört auch ein engagiertes und vor allem ein Profiteam das in diesem Bereich tätig ist und ich möchte hier auch den Finanzdirektor, Herrn Mag. Lemmerer mit seinem Team, erwähnen und möchte ihnen auch für ihre ehrgeizige und motivierte Arbeit und ihr Engagement, das hier aufgebracht worden ist, danken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wichtig bei all dem Sparen ist aber, dass man vor lauter Sparen die Zukunft nicht aus den Augen verliert und frühzeitig auch Geld in die Hand nimmt, um perspektivische Projekte einzuleiten und Schritt für Schritt zu realisieren.

Das Budget 2000 wird auch diesem Anspruch voll gerecht. Wie man sieht, es sind hier zwar noch keine Spartenstiche durchgeführt, aber es sind schon sehr konkrete Projekte wie der Wirtschaftspark Nord, Alten- und Pflegeheim Münchenholz, Bezirkssporthalle, VS Resthof schon sehr weit in den Planungen fortgeschritten und auch wir hoffen, dass diese Projekte in der nächsten Zeit realisiert werden.

All diese Beispiele zeigen, dass der Voranschlag 2000 nicht nur ein gutes und ausgewogenes Budget darstellt, sondern, dass es auch ein zukunftsorientiertes Budget ist.

Ein Grund mehr, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass man diesem Budget die Zustimmung geben muss, und wie ja wahrscheinlich in diesem Kreise sicher nicht anders erwartet wird, dass die Sozialdemokratische Fraktion diesem Budget die Zustimmung geben wird. Es freut mich natürlich auch, dass wir am Beginn der Budgetdebatte schon eine breite Zustimmung zum Budget bekommen, weil es doch zeigt, dass hier eine sehr solide Budgetpolitik dahinter steht. In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön für ihre Aufmerksamkeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke Herrn StR Bremm für seine Berichterstattung und ersuche nun Herrn Vzbgm. Dr. Pfeil zum Rednerpult zu kommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr von der Presse. Die finanzielle Entwicklung der Stadt Steyr in den letzten 10 Jahren bedarf schon einer näheren Betrachtung. Man kann nur finanzielle Entwicklungen anhand eines größeren Zeitrahmens sehen und auch die Entwicklung daher für die Zukunft ableiten. Wenn man bei der Einnahmenentwicklung beginnt, meine sehr verehrten Damen und Herren, so ist durchaus eine sehr solide Einnahmenentwicklung anhand der Statistik festzustellen. Sie ist sehr vorsichtig geplant, das muss man auch zugestehen, sowohl was die letzten Jahre betrifft, in der Großzahl, aber auch was das vorgelegte Budget, der Haushaltsvorentwurf 2000, betrifft. Aber die Einnahmen beruhen schon auf einen Großteil der teilweise massiven Gebührenerhöhungen, die wir dem Bürger der Stadt Steyr aufgelastet haben. So sind z. B. im laufenden Jahr die reinen Abgaben an Kommunalgebühren für jede einzelne Familie in Steyr um S 1.630,- gestiegen. D. h., die Betriebskosten haben sich, und die Steyrer Bevölkerung leidet und jammert darüber, zu einer

zweiten Mierte entwickelt und die Entwicklung, gerade im Stadtteil Resthof, gibt uns bei dieser Betrachtungsweise sehr, sehr Recht.

Bei der Entwicklung der Rücklagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch hier, anhand der 10-Jahres-Statistik zu sehen, dass hier ein gewaltiger Rückgang, rein jetzt von den Zahlen her, festzustellen ist, aber der dann, wenn man die Zahlen hinterfragt, wiederum durch relativ hohe Investitionen erklärbar ist.

Auffallend ist beim nächsten Kapitel, unbewegliches Vermögen, Erwerb und Veräußerung, dass hier in den letzten Jahren immer ein deutlicher, massiver Überhang bei der Seite des Erwerbs ist und nicht bei der Seite des Verkaufs.

Ich stelle nur die Fakten fest.

Das nächste Kapitel ist etwas sensibler, das ist die Schuldenentwicklung. Die Schuldenentwicklung ist so gestaltet, dass lt. Rechnungsabschluss 1998, das ist ja eine fixe Größe, der Schuldenstand S 504,104.000,- ist. Für 1999 ist im Voranschlag eine Rückzahlung von 77 Millionen und eine Darlehensaufnahme von 87 Millionen geplant. Das würde, wenn man jetzt die Zahlen gegeneinander stellt, zum 31.12.1999, einen Saldo von 514 Millionen Schilling ergeben. Der vorliegenden Haushaltsvorentwurf 2000 beginnt aber mit einem Saldo von 604 Millionen Schilling. D. h., es gehen rechnerisch 90 Millionen Schilling ab, d. h. vom Voranschlag 1999 zum Voranschlag 2000. Wenn man aber, wie wir in den Vordiskussionen gesehen haben, dass diese Voranschläge ja immer nur zum Zeitpunkt „X“ gesehen werden, muss man das ins Kalkül ziehen. Eine schriftliche Erklärung dafür, wie wir sie uns bis gestern gewünscht und wie wir es auch vom Herrn Mag. Lemmerer versprochen bekommen haben, ist diesbezüglich nicht eingelangt.

Sehr interessant und bemerkenswert ist auch die Zinsdienstentwicklung. Man spekuliert hier auf einen weiteren sehr, sehr niedrigen Zinsenstand. Die Schulden sind aber gestiegen und ich denke, dass sich hier der Vorentwurf nicht ganz ausgehen wird.

Durch die Steuerreform, besonders was den möglichen Entfall der Getränkesteuer betrifft, sind auch keine Vorkehrungen getroffen. Eine weitere Gebührenerhöhung wird die Steyrer Bevölkerung nicht mehr verkraften können.

Nebenbei sind im Voranschlag 2000 eine Vielzahl von Sozialberatungsstellen, die auch sehr viel Geld kosten, vorgesehen. Dort kann sich der Hilfesuchende, der Besucher, ja hinwenden und Informationen für Formulare und Merkblätter bekommen. Diese Informationen sollten, könnten und müssten aber im Bereich der Gemeinde bleiben. Wenn jetzt der aufgeklärte Bürger, und viele Bürger haben ja bereits auch einen Internetanschluss, versucht diese Informationen ohne Umweg über eine Sozialberatungsstelle, Schuldnerberatungsstelle, GSS oder sonst irgendwie zu bekommen, wenn er sich an den Internetanschluss hinsetzt und versucht über das Internet eine Auskunft zu bekommen wie es im Bereich des Sozialen aussieht, dann wird er eine sehr herbe Enttäuschung erleben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn sie die Homepage der Stadt Steyr, Verwaltung, aufschlagen, dann kommt das Wort Soziales in den Headline nicht vor. Wenn man dann im Bereich Gesundheit schaut, was noch am ehesten dem Sozialbereich zugeordnet ist, dann kommt man, bei der ersten Seite, auf die Seite des Bürgerspitals. Ich glaube, die letzten 100 Jahre ist im Bürgerspital niemand behandelt oder beraten worden. Ich denke, dass hier ein enormer Nachholbedarf für alle Bereiche ist, auch für den Verkehrsbereich, ich sage auch das ganz offen. Auch hier werden wir im nächsten Jahr einen enormen Technologieschub brauchen.

Wir kommen nun zum sehr interessanten Kapitel, Herr Bürgermeister, weil sie es auch sehr angesprochen haben und sehr stolz darauf sind, auf die Entwicklung des Personals, auf die Kosten des Personals. Wenn man jetzt den 10-Jahres-Vergleich hernimmt und den durchschnittlichen Dienstnehmer ansieht. Sie haben gesagt, 40 % verdienen derzeit weniger als S 20.000,-. Ich sage

ihnen, und ich kann es beweisen, dass sich alleine in den 10 Jahren, wo jetzt die Übersicht hier stattfindet, das Durchschnittseinkommen verdoppelt hat, aller Gemeindebediensteten. Verdoppelt, und zwar im Jahre 1987 von S 19.000,- auf S 36.000,- im Voranschlag 2000. Die Ausgaben für das Personal stiegen ja schon im Voranschlag 1999 um satte 8,49 % und sie haben derzeit wiederum eine Steigerung von 3,88 % vorgesehen. Man muss das Personal auch immer im Zusammenhang sehen, das Rathaus, der Magistrat ist eine Servicestelle. Was hat sich verbessert, seit der zu Beginn der vorletzten Legislaturperiode mit teilweise sehr engagierten angefangenen Magistratsreform, KDZ-Analyse, was ist wirklich besser geworden? Es ist immer noch so, dass Bürger, die irgendetwas unterschreiben wollen, die ein Volksbegehren zur Einleitung der Frage Musiktheater unterschreiben wollen, in den 4. Stock traben müssen und dort ihre Unterschrift tätigen können. Es ist immer noch so, dass das Baurecht in den hintersten Winkeln ist, dass das Bauamt ganz woanders ist, dass Verkehrsangelegenheiten auf der Promenade erledigt werden müssen. Ich denke, hier muss der Hebel angesetzt werden, für eine zentrale, nicht nur Einlaufstelle, sondern für eine zentrale Servicestelle. Ich denke, wenn wir jetzt ein Farbleitsystem anfangen, ich glaube, das ist nicht der richtige Weg, weil man hat ja auch einen Nachteil für die bestehenden Leute die nicht beraten, sondern, die werden ja auch ständig bei ihrer Arbeit unterbrochen, wenn sie dauernd im Servicebereich tätig werden. Hier haben wir einen enormen Reformschub vor und es war auch bei uns eine zentrale Forderung für dieses Budgetvereinbarung.

Auch sehr interessant, ich weiß nicht, wer heute noch Gelegenheit gehabt hat, heute Nacht in ZIB 3, hat der Rechnungshofpräsident Fiedler, wie wenn er unsere Worte gehört hätte, genau dieses Thema auch angesprochen und hat auch genau die Städte und Gemeinden gemeint, dass auch hier ein Reformschub, was das Service betrifft, absolut notwendig ist. Ich habe ihm nichts geschickt, er hat es von selbst gesagt.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Geh' Herr Dr. Pfeil!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Selbst eingefallen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

So ist es!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Er lässt sich vom Dr. Pfeil einsagen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zu den Ruhegehältern, die gehören ja auch zu den Personalausgaben dazu. Auch hier eine relativ

hohe Summe, die ja in eine latente Verbindlichkeit der Stadt verborgen ist. Überlegenswert muss man es einmal andiskutieren, ob man diese Ruhegehälter, wie andere Bereiche, ausgliedert in eine Pensionskasse. Das muss man auch einmal diskutieren. Man muss ohne Scheuklappen an solche Situationen herangehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist noch teurer. Das werden wir demnächst diskutieren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Auch unter sonstigen Kosten, Verwaltungs- und Betriebsaufwand, auch hier haben wir wiederum eine satte Steigerung um 4,33 %.

Herr Bürgermeister, ich werde ihnen dieses 10-Jahre-Elaborat übergeben.

Ich komme nun zu unserem Positionspapier. Die Freiheitlichen der Stadt Steyr haben dieses Jahr eher verzichtet, kleine Positionen im Budget unterzubringen. Unser Anliegen war: A) Das Arbeitsverhältnis, das Klima zu verbessern, dass wir gemeinsam große Aufgaben erledigen können. Und ganz zentral ist uns eben auch gewesen, dass eine moderne Verwaltung, die der Bürger der Stadt Steyr verdient, hier Einzug hält. Wir wollten das auch nicht, absichtlich nicht, jetzt mit einem Datum „X“ determinieren, sondern, wir haben Absichtserklärungen unterschrieben, haben aber im Vorfeld gesagt, bis zur Jahresmitte muss sich in dieser Richtung etwas tun und dass eben eine Servicestelle errichtet wird. Es kann nicht sein, dass wir noch wie vor 30 Jahren mit Handkassen jonglieren und dass mühsam bei Hand Belege und Mahnungen geschrieben werden. Liebe Freunde, das ist vorbei. Das muss in Zeiten des Millenniumswechsels vorbei sein.

Auch stellen wir uns einen weiteren Privatisierungsschub bei den derzeit zum Teil ausgelagerten Betrieben vor. Insbesondere auch APT, APM, GWG und Stadtwerke Steyr. Hier haben wir keine Einigung erzielt, lediglich im Bereich Stadtwerke wurde vereinbart, über das dringendst notwendige neue Organisationsstatut zu verhandeln.

Keine Einigung haben wir auch bei der Gründeroffensive, d. h. Impulsmilliarde, erzielt. Aber hier wurde auch eine Abänderungsformulierung angenommen, dass wir damit auch leben können.

Was uns ganz wichtig erschienen ist, ist auch, dass die massiven Überschneidungen, unzureichende Kompetenzaufteilungen im Stadtsenat, geändert wird. Ich bin sehr froh darüber, dass auch hier eine Einigung erzielt wird, dass der Verkehrsreferent auch für die Verkehrsplanung zuständig ist. Wir haben vereinbart, dass hier eine Schnittstelle gemacht wird, dass der Bereich Stadtplanung, natürlich bei der Stadtplanung bleibt, aber wenn eine Verkehrsmaßnahme, eine Kreuzung, geplant wird, dass selbstverständlich der Verkehrsreferent zuständig ist.

Wir haben auch vereinbart, dass wir gemeinsam eine Offensive bei der Anbindung der Region Steyr an die überregionalen Verkehrsträger machen. Ich bin sehr froh darüber, wie wenn der Herr Mayrhofer bei unseren Gesprächen dabei gewesen wäre, dass am nächsten Tag, ich glaube es war am Mittwoch, ein sehr schöner Artikel in den OÖ Nachrichten regional gekommen ist. Ich lade sie sehr herzlich ein, dass sie bei ihrem Freund Hiesl mit ihrer Kraft Nachdruck verleihen, dass hier die Region Steyr wirklich einmal bedacht wird. Ich halte es für unerträglich, dass Herr LR Hiesl im Jahresabstand nach Steyr kommt und uns hier „papierlt“, dass uns hier erklärt wird, ob wir in Kronstorf bei einem Baum links oder rechts vorbeifahren, dass die Umfahrung Dietachdorf immer

noch nicht geklärt ist. Ich halte das für eine unerträgliche Situation für den Wirtschaftsstandort Steyr und als ganz, ganz wesentlichen Punkt. Hier sollten wir gemeinsam vorgehen und ich bin sehr froh, dass wir auch hier eine Einigung erzielt haben.

Dasselbe gilt auch für die ÖBB. Auch hier muss man gemeinsam vorgehen, weil im vorliegenden Masterplan ist die Anbindung, die bessere Anbindung der Region Steyr, des Steyrer Bahnhofes an die überregionalen Verkehrsträger, d. h. Intercityverkehr, ohne umsteigen derzeit nicht geplant. Hier muss uns ja auch etwas dazu einfallen. Da muss eine Beschleunigung stattfinden und eine Verbesserung hinsichtlich der Qualität.

Ferner haben wir dann im Detail einige Änderungen zum vorliegenden Haushaltsvorentwurf hineinreklamiert. Insbesondere bereits beschlossene, in der Mehrzahl, in den Ausschüssen diskutierte Maßnahmen, insbesondere, ich mache die Aufzählung jetzt ohne Wertung, die Weiterführung des Fahrradmarketings, das bereits im Fahrradunterausschuss, im Verkehrsausschuss diskutiert worden ist, insbesondere auch eine Vergabe der Verkehrsplanung, Eyblkreuzung, Tomitzstraße. Auch hier gab es im Vorfeld reflexartig einmal eine Ablehnung, weil es ein freiheitlicher Antrag im StS war. Ich bin sehr froh, dass der Stadtentwicklungsausschuss auch dieses Thema aufgenommen hat, weil der Bereich Eyblkreuzung, Tunnelleinfahrt, Forumkreuzung und die vorgelagerten Kreuzungen, sh. auch Hackeinfahrt, Bundesschulzentrum, hier zusammen gehören und wenn in den nächsten ein, zwei Jahren dort massive Bautätigkeiten beginnen, dann kann es nicht sein, dass jeder Bauherr dort ein eigenes Verkehrskonzept entwickelt. Das muss von einer zentralen Stelle gemacht bzw. geleitet werden.

Ich stelle mir auch vor, dass es unbedingt notwendig ist, dass ein sogenanntes Upgrading des Generalverkehrskonzeptes stattfinden muss. Die Zahlen sind teilweise jetzt 10 Jahre alt, es hat sich der Verkehr in manchen Teilen, sowohl frequenz- als auch qualitätsmäßig, teils massiv verändert. Auch hier ist ein Nachholbedarf da.

Wir haben auch hier massiv eingefordert, aber auch leider hier nicht eine Zustimmung zum Bau bekommen, obwohl die Notwendigkeit eingesehen wäre, den Bau dieser heute schon angesprochenen Fuß- und Radwegverbindung über die Leopold-Werndl-Straße, Krakowitzerstraße. Aber hier wird dieser Bereich mit in die Planung des Gesamtverkehrskonzeptes Eyblkreuzung, Tunnelleinfahrt, miteinbezogen.

Weiterer verstärkter Ausbau von Fuß- und Radwegverbindungen.

Selbstverständlich Tierheim. Hier freut es mich ganz besonders, dass wir letztes Jahr, verteilt auf zwei Jahre, 2 Millionen Schilling vorgesehen haben und dass dieses Jahr eine 3. Million dazugekommen ist. Ich hoffe, dass es dann wirklich bald mit einer ernsthaften Planung bzw. mit einem Neubau angehen kann. Der OÖ Tierschutzverein ist ein Verein, der offensichtlich etwas interne Schwierigkeiten bei der Planung hat. Sie haben den Architekten gewechselt und prozessieren mit dem alten Planer. Es ist eine eher ungute Situation, die uns keine große Freude macht, aber ich hoffe, dass es hier bald konkret weitergeht.

Es sind hier auch Mittel von S 300.000,-- für die Förderung des Rassekleintierzuchtvereines E 23 vorgesehen. Ich möchte auch hier anmerken, na selbstverständlich habe ich nichts dagegen, ich befürworte diese 300.000,-- Schilling-Vergabe auch. Ich bekrittle schon die Zusammenarbeit die hier in diesem Hause nicht stattfindet, weil bis zu dem vorliegenden Antrag im Haushaltsvorentwurf ist der zuständige Referent nicht einbezogen worden. Ich habe mir dann diesen Akt geholt, da gab es eine Intervention des NR Gartlehner, der sich hier verwendet hat, dass die Rassekleintierzüchter S 300.000,-- bekommen. Es gibt hier einen eher negativen Bericht der Abteilungen hier im Hause und es gibt eine klare Vorstellung vonseiten der Liegenschaft, ob es nicht gescheiter wäre, diese Förderung dahingehend zu geben, dass man im Bereich des Neubaus Tierheim, Miteinbeziehung des Bauernhofes, diese Mittel dahingehend dort hinauf verwendet. Diesem würde ich mich auch sehr

gerne anschließen und hier müssen auch die Verhandlungen in diese Richtung stattfinden. In diesem Zusammenhang ist es schon auch sehr, sehr merkwürdig, und ich habe überhaupt keine Freude damit, wenn der zuständige Referent einfach ausgetrickst wird und dann, Herr Magistratsdirektor jetzt kommen sie dran, weil sie haben im letzten, ich glaube es war im StS oder im Finanz- und Rechtsausschuss, einfach negiert, dass ich gesagt habe, sie haben per Weisung diese S 300.000,-- hineingegeben, nachdem die Fachbeamten ein Problem damit gehabt haben. Sie haben es damals abgestritten, ich habe heute diese Weisung hier, sie können es sich auch gerne ansehen, ich habe es in Kopie hier, wenn sie sich nicht mehr ...

Jetzt passt er nicht auf.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Einen Moment. Herr Magistratsdirektor bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe diese Weisung, die sie damals gegeben haben, hier. Gegenständlicher Akt wird mit dem Auftrag übermittelt, für das Pilotprojekt zur Errichtung einer Zuchtanlage, zur Erhaltung von seltenen und gefährdeten Kleinterrassen, einen Subventionsbetrag in der Höhe von S 300.000,-- für das Budget 2000 an den Rassekleintierzuchtverein E 23 vorzusehen.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Ist da was dabei?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na, sie haben es abgestritten, dass sie es gemacht haben. Das ist dabei.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Nein, nein, das nicht, Abänderung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es steht auch eine Drittelteilung dabei und leider ist diese Drittelteilung bis jetzt nicht realisiert worden. Es gab vonseiten des Bundesministers für Landwirtschaft eine eher negative Stellungnahme und es gibt vonseiten des Landes OÖ auch eine negative Stellungnahme. Ich sage es nur dazu. Nur, das gehört auch dazu, dass man die zuständigen Referenten bei solchen Dingen selbstverständlich einbezieht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei den ganzen Budgetverhandlungen ist mir eines aufgefallen. Das Thema Kultur ist dieses Mal völlig unbeachtet geblieben. Ich habe weder bei den Budgetverhandlungen noch vom Kulturreferenten, noch von irgendeiner anderen Seite eine Unzufriedenheit gehört und diese Bedenkung dieser Kulturausgaben in dem neuen Haushaltsvoranschlag ist nicht ausreichend.

Wir haben eine beträchtliche Erhöhung in einem Teil der Personalaufwände in diesem Bereich, teilweise sehr beträchtliche, wahrscheinlich sind es hier Abfertigungen die notwendig sind, so kann man auch das Kulturbudget auffetten. Hier kommt es von S 4,283.000,-- auf S 5,197.000,-- alleine von Lohnkosten, aber im Bereich Kultur sind ansonsten weiterhin keine Erhöhungen oder keine ausreichenden Mittel vorgesehen. Ich habe manchmal so den Eindruck, wenn man so die Tätigkeiten des Kulturreferenten und auch des Kulturausschussvorsitzenden sieht, ich meine diese Fernsehdiskussionen die vom designierten Kulturamtsleiter gemacht worden sind, sind ja eher peinlich gewesen. Der Kulturreferent lässt sich dieses Jahr für das Industrieforum als Vorsitzender wählen, ich habe als Einziger voriges Jahr hier an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, wenn die Stadt nicht voll dahinter ist und dass wir nicht diese S 500.000,-- jetzt brauchen, dass wir nicht ein Zeichen setzen, wir voran, dann wird dieser Verein Schiffbruch erleiden. Was ist passiert? Wir haben eine minimale Besucherzahl gehabt und der Kulturreferent ist zur Liquidierung angetreten. Bei der letzten Vorstandssitzung ist beschlossen worden, dass der Ausstellungsbetrieb geschlossen wird.

Auch was uns nicht gefällt, die Debatte um das Budget und den Haushaltsvoranschlag ist ja auch immer eine Generaldebatte. Wir wünschen uns auch extrem bei den stattgefundenen Personaldebatten eine Verbesserung der Zusammenarbeit. Es kann nicht sein, und auch das Service gegenüber den Bewerbern, dass sich Spitzenleute bewerben und dass sie ein halbes Jahr nichts von diesem Rathaus hören. Das kann es doch nicht sein, dass hier aber auch der Personalausschuss nicht informiert wird, weil es sich eben um eine Weiterbesetzung bzw. um eine interne Beförderung handelt. Ich denke, wie diese zwei Spitzenpositionen, ich spreche jetzt vom Bauamt und vom Kulturamt, Fachabteilungen heißen sie, abgelaufen sind, ist nicht richtig. Ist nicht richtig, Herr Dr. Alphasamer, von ihrer Seite, weil sie wirklich von gestern sind.

PÄSIDIALDIREKTOR SR Dr. GERHARD ALPHASAMER:

Das ist besser als von vorgestern.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

So kann man Spitzenleute nicht besetzen. Eine nicht nachvollziehbare Qualifikation und man tut ja auch den designierten Leitern und Bewerbern nichts Gutes dabei, sie sind immer punziert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben eine Vereinbarung mit dem Finanzreferenten, Bürgermeister Leithenmayr, gemacht, wir haben sie unterschrieben. Ich hoffe, dass diese Vereinbarung hält. Unter diesen Aspekten ist die Freiheitliche GR-Fraktion bereit, dem Haushaltsvoranschlag zuzustimmen. Ich hoffe, dass wir in einem Jahr eine positive Bilanz ziehen können und wünsche der Stadt Steyr und ihnen allen jetzt schon alles Gute für den bevorstehenden Jahreswechsel.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Ich habe mit Herrn StR Mayrhofer gesprochen, dass wir jetzt die Mittagspause machen, weil wir müssen den GR-Saal leeren. Wir machen 1 ½ Stunden Mittagspause und um 14.00 Uhr ist wieder Beginn.

PAUSE VON 12.20 UHR BIS 14.05 UHR

GR Dr. Wilfrid Wetzl trifft um 14.05 Uhr ein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wir nehmen gestärkt die Sitzung wieder auf. Als nächsten Redner darf ich Herrn StR Mayrhofer um seine Berichterstattung zum Budget ersuchen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich habe leider keine Graphiken mit, d. h., ich werde mich ein bisschen kürzer halten. Ich darf die Ausführungen meines Vorredners zum Anlass nehmen um ihm zu sagen, dass ich selbstverständlich ihren Unmut an den LH-Stellvertreter weiterleiten werden.

Ich möchte nun zum Budget kommen. Ein Budget, und das ist kein Geheimnis, wo wir über die Erstellung nicht glücklich waren und im Zuge der Diskussionen dann auch eine Übereinstimmung in sämtlichen Fraktionen festgestellt haben, dass wir das nächste Jahr die Budgeterstellung anders machen werden und ich hoffe, dass das auch tatsächlich so passiert, dass es sehr wohl auch Gespräche mit den zuständigen Referenten gibt und dass die Streichungen nicht nur linear waren. Nämlich nach der ersten Präsentation des Voranschlages war die ÖVP der Meinung, diesem Budget unter keinen Umständen zustimmen zu können. Ich stehe nicht an, dass die geführten Gespräche, neudeutsch heißt ja das jetzt Sondierungsgespräche, in einem durchwegs positiven Klima abgelaufen sind, und sich in dem Abänderungsantrag, der uns vorliegt und der von 4 Fraktionen unterschrieben wurde, durchwegs Projekte befinden, die, glaube ich, ein jeder von uns hier herinnen nur zustimmend auch zur Kenntnis nehmen kann. Und jeder von uns hier herinnen könnte auf einen Schlag noch 10, 20 andere Projekte anführen, die er gerne haben möchte. Ich glaube allerdings, dass dieser Abänderungsantrag mit den aufgelisteten Projekten, ich erspare es mir sie namentlich zu erwähnen, einen sehr guten Querschnitt für die Bedürfnisse der Bevölkerung darstellen und bis auf die Kultur, wie Herr Vzbgm. Dr. Pfeil angeführt hat, die anderen Bereiche sehr gut bedacht hat. Bei der Kultur wäre sicher ein „Mehr“ noch wünschenswert gewesen.

Mein Dank geht auch an den Fraktionsvorsitzenden Bremm, der momentan nicht anwesend ist, der klar mit seiner Entscheidung auch erkennen hat lassen, dass er die Probleme bei den Schulen erkannt hat und wir freuen uns darüber.

Die Forderungen, die hier im Nachtrag erstellt wurden, sind mit Sicherheit, in den meisten Fällen,

keine Ideen die nur von den Parteien gekommen sind, und da nehme ich die ÖVP auch nicht aus, sondern es sind durchwegs sehr sinnvolle Projekte, die sich größtenteils auch schon im Stadtentwicklungskonzept befunden haben. Nur wie sich die Zeiten und auch die Bedürfnisse ändern, ist es notwendig, auch ein Stadtentwicklungskonzept der Zeit anzupassen, den Anforderungen und auch den Bedürfnissen der Bevölkerung und so hat halt auch hier eine Umreihung bei einzelnen Projekten stattgefunden und ich glaube, das ist gut und wichtig.

Wir werden also diesem Budget vollinhaltlich zustimmen. Ich freue mich, dass diese Investitionen, diese 1,2 Milliarden und mit den ausgegliederten Betrieben fast 2 Milliarden an Ausgaben und Investitionen, die hier in unserer Region ausgegeben werden, natürlich einen sehr bedeutenden Wirtschaftsimpuls auch für unsere Region darstellt. Auch dafür, glaube ich, muss ich mich als Wirtschaftsvertreter bedanken und ich mache das wirklich gerne, weil wir sehen, dass wir in dem Klima, in dem wir jetzt sind, eine sehr positive Entwicklung haben, die auch wirtschaftlich ihren Niederschlag findet. Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es auch uns gut und das haben wir bei den Einnahmen heuer schon erkennen können. Ich bin eigentlich sehr guten Mutes, dass wir auch das kommende Jahr 2000 ausgeglichen budgetieren werden, dass wir vielleicht sogar wieder einen Überschuss erhalten. Vor allem wenn ich mir die letzten Daten und Prognosen ansehe. Ich danke ihnen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke Herrn StR Mayrhofer. Nächster ist Herr GR Apfelthaler. Bitte sehr.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Wie man so hört macht sich in diesem Hause Zufriedenheit breit, was ja sehr positiv und sehr schön ist, zumal, wenn man die ÖO Nachrichten aufschlägt, lacht einem der Herr StR Mayrhofer mit fast buddhistischem Glücklichein entgegen.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

In sich ruhend und ausgeglichen, sehr schön. Also, das ist ja, wenn man ein gewisses Harmoniebestreben hat, etwas sehr Glückliches, wenn man nach so vielen Jahren feststellt, dass es auch einzelne Fraktionsobleute gibt, die mit dem Budget auch zufrieden sind. Das war ja nicht immer so. Wenn wir uns zurückerinnern, speziell die Kolleginnen und Kollegen aus der vergangenen Legislaturperiode, da haben wir ja noch einige Kämpfe ausgefochten. Da war es nicht immer so, dass alles eitel Wonne war und man hat uns auch, uns Grünen, ein bisschen gebeutelt, deswegen, weil wir, seinerzeit wie sich diese Entwicklung abgezeichnet hat, damals mitgegangen sind. Vielleicht haben wir da die länger Nase gehabt, zumindest ist diese positive Entwicklung weitergegangen und dieses Budgets waren ja derartig kalkuliert, dass sich am Jahresende wieder ein Schmunzeln breit gemacht hat, zumindest bei jenen, die dem Budget zugesprochen haben. Ich muss aber auch dazu sagen, und das gehört auch ein Stückchen zur Realpolitik dazu, wenn man eine Stadt wie diese zu verwalten hat und auch die Finanzen dieser Stadt zu verwalten hat, dass man sich auch um ein

positives Gesprächsthema mit allen Parteien bemüht. Ich muss hervorheben, dass, zumindest beim Gutteil der Gespräche die wir mit dem Finanzressort, mit dem Herrn Bürgermeister und dem Herrn Mag. Lemmerer geführt haben, hier eine sehr faire und eine von der realpolitischen Seite zu betrachtende Vorgangsweise an den Tag gelegt worden ist. Dafür möchte ich mich auch bedanken, weil das Klima einer Besprechung und das Endergebnis hängen oft davon ab, wie die Leute miteinander verhandeln.

Natürlich gibt es zusätzlich zur Realpolitik auch fundamentalistische Ansätze, die überhaupt, gerade wenn Bares Wahres sein soll in dieser Stadt, vielleicht eher weniger etwas bei den Überlegungen zu tun haben sollen. Im Gegenteil, so fundamentalistische Ansätze, auch gegenüber dem Budget, das ist eher, wie soll ich sagen, das ist eher Ausgeburt einer überhitzten Studierstube, wo man dann vielleicht weniger den Bezug zur Umwelt hat.

Herr Payrleithner, ich habe nichts gegen sie gesagt, weil sie mich so anstarren.

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Da denke ich eher an sie.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Aber ich kenne ihre Studierstudie nicht Herr Payrleithner. Wer weiß, ob die nicht auch überhitzt ist.

Zu den Vorschlägen, welche die Grünen eingebracht haben, vielleicht noch ein paar Sätze. Wir haben uns im Großen heuer einmal darauf konzentriert so im Jugendkulturpolitikbereich wiederum etwas voranzutreiben. Wir haben beim Jugendkulturhaus eine Lücke, quasi genau in der Mitte, die wir schließen wollen und wo wir gesagt haben, es kann nicht so sein, dass wir faktisch uns mehr oder weniger sehr aus dem Fenster gelassen haben, mit Millionenbeträge, und trotzdem bleibt dazwischen etwas frei. Also, es ist faktisch halb fertig und ich bin sehr froh darüber, dass wir diese halbe Million noch für die Fertigstellung bekommen haben.

Die Notschlafstelle war natürlich ein dringendes Problem, dass uns irgendwie am Magen gelegen ist, weil wir nicht genau gewusst haben, wie sie sich entwickelt, ob wir eine Ersatzstelle dafür finden. Sie können es alle lesen, wir bedecken es mit 1 Million und die Vorgangsweise, über die ich mich jetzt nicht näher auslassen will, weil die Gespräche noch im Gange sind, lassen aber positives vermuten und ich glaube, es ist auch ein gutes Zeichen, wenn wir das nicht aus den Augen verlieren und auch Verantwortung in dieser Richtung zeigen.

Verkehrsstudie Tomitzstraße - ein wichtiges Thema, das wir eingebracht haben. Ich denke mir, es ist sehr wichtig, dass man genau über das nachdenkt. Es wird eine riesige Baustelle werden und da ist es ganz gut, wenn wir uns schon im Vorhinein Gedanken machen.

Die Aufstiegshilfe Tabor, was ich gehört habe eigentlich schon seit 25 Jahren in den Köpfen der Steyrer als dringend notwendig bzw. als sehr positiv betrachtet, nehmen wir nächstes Jahr endlich in Angriff. Es soll eine Studie darüber geben und da wird zwar noch einige Zeit vergehen bis wir sie regelrecht bauen, aber es ist schon gut wenn wir ...

Oder sagen sie etwas anderes?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein, nein.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Super. Bitte ins Protokoll, StR Mayrhofer sagt 2001. Sehr gut.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Die Nordspange hat auch 22 Jahre gedauert.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Das Radwegkonzept, das Marketing, denke ich mir, haben wir sehr gut begonnen. Das sollten wir jetzt nicht kappen, sondern wir sollten schauen, dass dieser Ausschuss, oder Unterausschuss wie es der Herr Dr. Pfeil nennt, weiter arbeitet. Ich denke mir, es wird sehr positiv angenommen, nur wir liegen da auch sehr gut im Trend. Was jetzt mit diesem Geld passieren soll, das denke ich mir, überlassen wir dem Ausschuss. Ich denke mir, das ist die kompetentere Stelle und die werden, glaube ich, schon die richtigen Schlüsse daraus ziehen.

Was mich sehr gefreut hat, auch als zukünftiger Wehrgraber, um diesen Ausdruck zu verwenden, ist die Schwimmschulstudie. Dankeschön, das war ein wichtiges Zeichen, dass das gesetzt worden ist. Ich glaube, dieses große Erbe das wir hier in Steyr übernommen haben, ist verantwortungsvoll weiterzusetzen und wenn uns gelingt aus der Schwimmschule wiederum eine qualitätsvolle Sportstätte zu schaffen, dann können wir uns, glaube ich, alle miteinander auf die Schulter klopfen, weil das ein wichtiges Thema ist.

Was ebenso wichtig, zumindest für uns Grüne, ist, und das haben wir endgültig einmal im Budget drinnen, eigentlich nach einem jahrelangen Kanossagang, diese S 850.000,-- für die Biotopkartierung. Wunderbar, jetzt haben wir es endlich drinnen, endlich gehen so die kleinen Sternderl, welche die Grünen haben, am Horizont auf, jetzt gehen wir da auch weiter.

Was für uns weniger wichtig war, um das auch hier in diesem Haus zu betonen, war die HAK-Zufahrt. Also, ich denke mir, ich will da jetzt nicht irgendwelche Reibebäume aufstellen, aber das war halt für uns nicht ein vorrangiges Thema, dass wir unter Umständen für Bundesangestellte so viel Geld ausgeben, obwohl sie uns sicher als Personen wertvoll sind.

Die Solaranlage haben wir weiterschrieben. Ich hoffe, dass wir sie nach dem Weiterschreiben auch bauen werden. Es entwickelt sich ja interessanterweise fast schon zu einer Solarcity dort oben am Tabor, wenn man den Herrn Hartlauer samt seiner Solaranlage betrachtet. Ich denke mir, es wird sicher auch eine positive Zubeße auch für die Stadtwerke sein, auch aus alternativer Energie den Vorteil zu schöpfen.

Weil es zuerst der Kollege StR Mayrhofer gesagt hat, die Hauptschulen und Schulen allgemein, die ja auch immer eigentlich in irgendeiner Forderung bzw. Bitte eingeflossen sind bei den Grünen, jetzt

gibt es endlich diesen Prioritätenkatalog, über den man unter Umständen noch diskutieren könnte, was von diesen Projekten wir vorziehen oder weniger vorziehen, aber es gibt ihn. Wir haben endlich Klarheit darüber, wie wir unsere Gelder umsetzen und speziell was die Zukunft anbelangt der Education-Highway soll auch endlich drinnen sein, abzüglich halt der Volksschulen und der Sonderschulen. Ich denke mir aber, es ist nur eine Frage der Zeit, bis die es eben auch bekommen, weil anderer Orts ist das auch üblich, dass wir das machen. Vor allen Dingen, es bleibt uns aus diesen Geldern noch etwas übrig um auch bei der Betriebsausstattung, bei den Hauptschulen, etwas weiterzubringen.

Was ich sehr positiv finde ist dieses Projekt was die ÖVP mehr oder weniger in dieses Budget hineinreklamiert hat und zwar ist das dieses Tagepflegezentrum, das wir eigentlich, fachlich betrachtet, unbedingt in Steyr brauchen. Wenn ich es aber jetzt als Mitbegründer des GSS her betrachte, wo faktisch der Vernetzungsgedanke im Vordergrund steht, würde ich dringend darum bitten sich mit den notwendigen oder kompetenten Organen, die für Vernetzung in der Stadt zuständig sind, hier auch die Gespräche voranzutreiben, weil wir nicht ausgekoppelt sozusagen von unserem sozialen Leben hier in Steyr eine sicher wichtige und interessante Komponente hier einführen, ohne mit allen anderen „NGO'S“, die wir hier in Steyr haben, auch die Kontakte zu pflegen. Ich denke mir, es war einmal wichtig, dass es im Budget drinnen steht, der nächste Schritt wird sein, auch diese Vernetzungsarbeit unter den einzelnen Anbietern zu leisten.

Wie sie auch lesen können haben wir für den GSS den Anspruch, dass wir die ersten Schritte in Richtung Sozialplan nächstes Jahr setzen wollen. Das ist z. B. auch etwas, wo wir uns sehr oft und recht intensiv damit auseinandersetzen müssen, weil es ja auch ein hoher politischer Anspruch ist, den wir hier haben, dass wir für die nächsten Jahre den Sozialplan schaffen und darum ist es auch wichtig die Gespräche rechtzeitig zu führen und mit einer Zubuße von S 60.000,--, das ist eh ohnehin sehr gering, denke ich mir, aber für den ersten Schritt wird es reichen und unter Umständen geht es sich auch so aus, dass wir das nicht antasten.

Weil ich zuerst die Jugend erwähnt habe, mit dem Jugendzentrum unten im Wehrgraben. Sie wissen, dass wir vor einem Jahr sehr intensiv die Jugendstudie verlangt haben. Ich denke mir, der Kollege Kupfer hat es heute eh schon einmal am Rande erwähnt, natürlich hat jede Fraktion oder jeder Einzelne unter uns hier verschiedenste Vorstellungen was diese Jugendstudie leisten soll. Das ist ganz klar, das liegt in der Natur der Sache. Der Zugang ist einfach oft ein anderer. Trotzdem glaube ich, dass wir das jener Generation, die uns nachfolgen soll, auch schuldig sind, dass wir auch den Weg bereiten, unter Anführungszeichen, für so eine problemlose Zukunft wie möglich. Dazu ist es auch wichtig, was wollen die und was gehört zu ihrem Leben dazu, was geht ihnen ab und was ist zu viel. Also, ich denke mir, das ist auch eine wichtige Aufgabe, die hier die Stadt leistet. Dazu möchte ich aber auch gleich eines sagen. Unsere Bemühungen für die einzelnen Jugendzentren, die wichtige Aufgabe für unsere Jugendlichen leisten, nämlich jene Aufgabe, interessante Freizeitunterhaltung zu bieten und auch Möglichkeiten zu schaffen von der Straße wegzukommen. Der Kollege Payrleithner hat ja zuerst so etwas ähnliches erwähnt, dass es halt auch Leute gibt, die sich auf der Straße befinden und einen anderen Zugang zu ihrer sozialen Umwelt haben. Also, Institutionen die sich damit beschäftigen, sinnvolle Freizeitgestaltung zu bringen, da haben wir leider nicht unser 100% iges Glücksgefühl gehabt, weil wir vorgeschlagen hätten, dass wir die mit S 50.000,-- als Beitrag fördern.

Was uns aber gelungen ist, den Status quo aufrecht zu erhalten bzw. beim Jugendzentrum Clevernet zumindest einen Anerkennungsbeitrag von S 10.000,-- ins Budget hineinzureklamieren, weil ich denke mir, dass es um einiges wichtiger ist, hier Prävention zu schaffen, als im Nachhinein zu strafen oder eben mit dem Rechtsstaat auf irgendwelche moralischen Ausflüge zu reagieren.

Was ich mir natürlich in dem Zusammenhang sehr wünsche, dass wir uns im Sozialausschuss dann näher unterhalten, was diesen Tätigkeitsbericht der einzelnen Jugendzentren anbelangt. Den gibt es

ja, und da würde ich darum bitten, dass wir uns in einer der nächsten Sozialausschüsse darüber unterhalten, was den eigentlich der Inhalt dieses Berichtes ist. Vor allen Dingen leite ich ja auch ab, dass, aufgrund des Berichtes, die budgetäre Bedeckung stattgefunden hat.

Nun gut. Ich denke mir summa summarum sind wir eigentlich auf einem sehr guten Weg, die Budgetentwicklung ist sogar so, dass uns am Ende des Jahres etwas übrig bleibt, die einzelnen Projekte kann man unterschreiben. Selbstverständlich wird das eine oder andere Diskussionen hervorrufen, das liegt in der Natur der Sache. Ich glaube aber, dass die Entwicklung, so wie sie schon vor 5, 6 Jahren begonnen hat, für mich zumindest, und auch die Präzision der Entwicklung eine äußerst positive Entwicklung ist und ich sehe mit guten Dingen in das Jahr 2000.

Ich möchte mich recht herzlich bei der Beamtenschaft bedanken, speziell beim Herrn Mag. Lemmerer für die Exekution, im positiven Sinne, des Budgets und vor allen Dingen auch für die Verlässlichkeit, das ist ja auch nicht etwas, was so ohne weiteres geht. Ich danke ihnen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke Herrn GR Apfelthaler. Nächste ist Frau GR Frech. Bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Nach dieser kleinen Märchenstunde möchte ich wieder ein bisschen zu den Zahlen und Fakten zurückkehren und auch ein bisschen zur Entstehungsgeschichte dieses Budgets. Bevor ich aber auf die Entstehungsgeschichte dieses Budgets eingehe, möchte ich mich schon ein bisschen an den Fraktionsvorsitzenden der SPÖ, Herrn Bremm, wenden. Sie haben heute eigentlich, und ich danke ihnen dafür, sehr klar gemacht, wie sie mit Anliegen der Bürger umgehen. Wenn ich sie erinnern darf, vor zwei Jahren gab es keine einzige Erinnerung zum Voranschlag, letztes Jahr gab es eine einzige Erinnerung, dieses Mal waren es schon an die 20 Erinnerungen, die gekommen sind. Wenn sie die dann hinstellen, na ja, das sind halt so die Erinnerungen der Familie Frech, dann zeigt es eigentlich nur, dass sie den Bürgerwillen ignorieren, weil ich darf klarstellen, keine einzige dieser Erinnerungen stammt von mir, eine davon stammt von Christian Frech, eine stammt von der Bürgerinitiative. Diese Bürgerinitiative ist immerhin von ungefähr 350 Personen unterstützt und in deren Namen eingereicht worden. Wenn sie davon ausgehen, dass es da ihres Erachtens kopierte Erinnerungen gibt, so mag das stimmen. Die sind von einer Dame eingebracht worden, das war die Frau Koller, die übrigens mit dem Liberalen Forum gar nichts zu tun hat und nicht einmal Mitglied ist. Ich gebe ihnen Recht, einige dieser Erinnerungen sind von Mitgliedern des Liberalen Forums eingebracht worden. Den Großteil hingegen kenne ich nicht einmal. Was ich getan habe ist, und dazu hat es lange gebraucht, dass ich als einzige Fraktion in diesem Gemeinderat hergegangen bin und dieses Bürgerrecht versucht habe zu transportieren. Die Bürger haben ein Recht darauf, Erinnerungen zum Voranschlag der Stadt Steyr einzubringen. Nur dieses Recht wird ihnen nicht transparent gemacht. Es steht dann auf der vorletzten Seite des Amtsblattes in Juristendeutsch, Einsichtnahme in den Voranschlag. Dass die Bürger eine Erinnerung verfassen dürfen, das steht nicht einmal drinnen. Dazu ist man nicht willens, nicht fähig oder nicht in der Lage. Aber ich freue mich, dass es dieses Mal mehr Bürger gegeben hat, die dieses Recht in Anspruch genommen haben und ich garantiere ihnen, nächstes Jahr werden es noch mehr sein. Dann werden irgendwann einmal alle Bürger von Steyr wissen, dass sie dieses Recht haben und dann werden sie auch dieses Recht in Anspruch nehmen. Darauf setze ich.

Weil es ja von Einigen im GR gekommen ist, na ja, vergessen wir diese Erinnerungen oder ich brauche da eh keine Kopie. Ich darf sie erinnern, dass diese Erinnerungen etwas sind, was im § 54 Abs. 3 geregelt ist, nämlich, dass der GR diese Erinnerungen bei seiner Debatte in Erwägung zu ziehen hat. Die hat er nicht einfach in den Papierkorb zu werfen. Diese Erinnerungen hat er bei seiner Debatte in Erwägung zu ziehen. Dass sich diese Wünsche der Bürger zum Teil mit den Wünschen des Liberalen Forums decken, zeigt eigentlich nur, dass wir eine bürgerorientierte Politik machen und sonst nichts anderes. Ihren Unmut, Herr Kollege Bremm, kann ich allerdings verstehen, weil es ist schon klar dass es ihnen nicht gefällt, dass von einer Fraktion, die ja nur aus einer Frau besteht, auf einmal so viel Wirbel entsteht. Das kann ich ihnen schon nachvollziehen, aber damit werden sie leben müssen.

Aber jetzt zurück zum Budget. Es ist ja schon angesprochen worden. Es sind alle so zufrieden hier herinnen, irgendwie wirken sie auch sehr satt. Das Motto war ja auch wieder einmal so, für jeden etwas. Der eine hat das eine bekommen, die Grünen haben so scheinbar alles bekommen, was sie sich gewünscht haben, haben auch noch die Forderungen der ÖVP miterfüllt bekommen, die FPÖ hat ein bisschen etwas bekommen usw. und so fort. Nur im Endeffekt, meine Damen und Herren, haben sie über ungefähr 0,1 % des Budgetvolumens verhandelt. Über 0,1 % ist verhandelt worden, der Rest ist fix und fertig vorgegeben worden. Wenn ich ihnen sage, wenn sie in der Wirtschaft das so machen würden, dass sie zuerst etwas realisieren, nämlich ein Budget fix und fertig drucken, danach aber erst entscheiden und planen was tatsächlich passieren wird, dann werden sie Schiffbruch erleiden. In der Privatwirtschaft, wie gesagt, geht das nicht, in der öffentlichen Verwaltung geht es und in der politischen Situation in der wir uns befinden, geht es scheinbar auch, weil in dem Wissen, dass letztlich die Mehrheit ohnedies mitmacht, kann man sich auch sehr viel an Udemokratie erlauben.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Na ja!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Na schon.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Eines verstehe ich ja zum Teil nicht. Einige da herinnen gibt es, die sprechen so von dieser wunderbaren, schönen Budgetentwicklung, es wird immer besser, immer schöner und immer herrlicher. Dann gibt es welche, die zwar auch schon signalisiert haben, dass sie zustimmen werden, wenn man sich aber ihre Ausführungen so anhört, dann sind sie doch sehr kritisch. Da liest man dann in der Presse, das Budget wird nur fortgeschrieben, man sieht dann, dass die Zahlenentwicklung doch eine andere ist, als sie mitunter bekannt gegeben worden ist, aber trotzdem stimmen alle mit.

Ich möchte nur zwei Zahlen in den Raum stellen. Wenn im Jahr 1993 der Schuldenstand 312 Millionen Schilling war und im Jahr 2000 an die 686 Millionen, dann gehen wir zwar keine Neuverschuldung ein, im Gegensatz zu Linz und Wels, aber eine Reduktion unseres Schuldenstandes erreichen wir auch nicht. Wenn die Rücklagen im Jahr 1996 127 Millionen Schilling waren und dann

jetzt auf weniger als die Hälfte geschrumpft sind, ja dann kann ich auch nicht von einer positiven Entwicklung sprechen. Wenn die freie Finanzspitze, unsere Manövriermasse, immer weniger statt mehr wird, ja dann kann ich auch nicht von einer positiven Entwicklung sprechen.

Davon abgesehen, dass ich Strukturreformen in Politik und Verwaltung vermisse. Dazu gehört unter anderem die Diskussion über eine neue Ressortverteilung, über eine Totalreform der Aufgaben des Magistrates. Wenn vielleicht der eine oder andere da herinnen das als fundamentalistisch sehen mag, dann befinde ich mich eigentlich in guter Gesellschaft, weil dann ist auch der Rechnungshofpräsident Fiedler ein Fundamentalist, weil der fordert genau dasselbe, eine Totalreform der Staatsaufgaben und nicht nur der Bundesaufgaben, sondern auch der Aufgaben der Städte und Gemeinden.

Ja, den mittelfristigen Finanzplan gibt es zwar in der Schublade, beschlossen ist er bis heute nicht worden und die gestiegene Abgabenlast für die Bürger, die ist heute auch schon einmal erwähnt worden, da sind alleine 10 Millionen Schilling an Mehreinnahmen herausgekommen, weil man die Kanalgebühren erhöht hat, da sind ungefähr um die 8 Millionen Schilling mehr herausgekommen, weil man die Müllgebühren, die Wassergebühren erhöht hat usw. Dann kann ich mich natürlich hinstellen und sagen, positive Einnahmenentwicklung. Nur, ob es mir der Bürger danken wird, das ist eine andere Frage.

Ja, summa summarum gibt es sieben gute Gründe für ein klares „nein“ zu diesem Budget.

Dass es keine Strukturreformen in Kultur und Verwaltung gibt,

dass es keine Reduktion des Schuldenstandes gibt,

einen stark sinkenden Rücklagenstand,

eine äußerst geringe Manövriermasse für dringende Vorhaben,

noch immer keinen mittelfristigen Finanzplan,

eine gestiegene Abgabenlast für die Bürger und,

dass wesentliche Schlüsselvorhaben auch zu Beginn des neuen Jahrtausends verschleppt werden, wie z. B. der dringend nötige Steg über die Enns.

D. h., summa summarum bleibt für mich, dass auch im Jahr 2000, Steyr sich beim Thema Reformen in der Warteschleife befindet. Während die Bürger durch erhöhte Müllbeseitigungs-, Wasser- und Kanalgebühren zur Kasse gebeten werden, bläst sich ein Verwaltungsapparat immer weiter auf, bei dem man sich mitunter schon die Frage stellen muss, ob er nicht mehr dem Machterhalt dient, als dem Wohl der Bürger.

Die dringend notwendige Diskussion über eine Aufgabenreform, sowie über neue Strukturen der Leistung- und Eingriffsverwaltung, werden, allerdings muss ich sagen primär durch die SPÖ, abgeblockt.

Der mittelfristige Finanzplan ist auch nicht im alten Jahrtausend beschlossen worden und aus diesem Grund wird das Liberale Forum sicherlich nicht die Verantwortung für ein Budget übernehmen, das langfristig gesehen dem vielzitierten Millenniumspark gleichkommt.

Aus diesem Grund ein klares „nein“ zum Voranschlag 2000, bei dem für mich feststeht, dass es kein gelungener Wurf für ein neues Jahrtausend ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es liegt mir eine weitere Wortmeldung vor. Herr StR Eichhübl hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. Bitte sehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Trotz der Tatsache, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertetes Präsidium, dass unser Fraktionsobmann Dr. Pfeil bereits eine Grundsatzerklärung zum vorliegenden Voranschlag 2000 abgegeben hat, und auch die meisten Punkte, die bei den Verhandlungen mit dem Finanzreferenten Bürgermeister Leithenmayr herausgekommen sind, erklärt hat, möchte ich, so wie in den vergangenen Jahren, ebenfalls eine kurze Stellungnahme abgeben und einige Anmerkungen aus meiner Sicht machen.

Um vor allen Dingen auch, Herr Kollege Apfelthaler, vom buddhistischem Lächeln, das sie beim Kollegen StR Mayrhofer festgestellt haben, wegzukommen und auch nicht zuletzt deshalb, weil die Verhandlungen rund um diesen Voranschlag 2000 für ein besonderes Jahr, nämlich das Millenniumsjahr 2000, ebenfalls einen sehr besonderen Verlauf genommen haben. So ist man in den letzten Jahren eigentlich davon abgekommen, dass man bis zu 100 Stunden über ein Budget verhandelt hat, noch dazu mit Moderator, und hat sich eher auf dringend notwendige Gespräche eingeschränkt. Nur dieses Mal, und das hat ja bereits einer meiner Vorredner auch zum Ausdruck gebracht, hat man auch diese notwendigen Vorgespräche außer Acht gelassen.

Am 28. Oktober d. J. wurden wir erstmals mit dem bereits fertiggestellten und ausgedruckten Voranschlag 2000 in der Finanz- und Rechtsausschusssitzung konfrontiert. Da ist zwar die Möglichkeit bestanden, im Rahmen dieser Finanz- und Rechtsausschusssitzung, dass man Anmerkungen machen konnte, und ich habe auch im ersten Anlauf, vor allen Dingen aus der Sicht des Stadtwerkereferenten, auf folgende, nicht berücksichtigte Budgetpositionen hingewiesen.

1. Freibad, Sanierung und Attraktivierung, obwohl damals bereits ein Betrag von 1 Million Schilling beinhaltet war für die Erweiterung des Kassensystems aber auch S 150.000,-- für die Freianlagen.

2. habe ich ebenfalls darauf hingewiesen, dass es dringend erforderlich ist, neue Busse anzukaufen, habe das Beispiel wiederum, das ich hier dem GR mehrmals vor Augen geführt habe, angeführt, dass die beiden Gelenkbusse sehr reparaturbedürftig sind, weil sie zum Teil 18 bzw. 19 Jahre alt sind und eine Laufleistung von 800.000 km in etwa auf dem Buckel haben.

3. habe ich auch darauf hingewiesen, dass es sehr wichtig wäre, eine Projektstudie für Beschleunigungsmaßnahmen beim öffentlichen Verkehr, sprich eine Ampelbeeinflussung, budgetär zu berücksichtigen. Und zwar nicht zuletzt deshalb, weil ja bereits der erste Schritt vonseiten der Stadtwerke in diese Richtung gemacht wurde, in der Form, dass man in den Bussen bereits seit einigen Monaten eine Funkeinrichtung installiert hat.

Als Punkt 4. habe ich angeführt, dass eine Verbesserung der Haltestelleneinrichtungen, vor allem schrittweise Anpassung der Einstieghöhe, um die Behindertengerechtigkeit weiter voranzutreiben, notwendig wäre.

Allerdings, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, war es damals so, dass diese Anmerkungen einfach ungehört im Raum verhallt sind, man ist nicht näher darauf eingegangen und ich habe zur Kenntnis nehmen müssen, dass dieses Schicksal von Anmerkungen auch andere betroffen hat, im Besonderen auch den Kollegen StR Mayrhofer, der ja dann auch erklärt hat, dass er der Weiterleitung dieses Voranschlages die Zustimmung nicht geben kann. Er hat sich im Übrigen

der Stimme enthalten.

Wir sind eben davon ausgegangen, dass es wichtig wäre, Referentengespräche zu führen. Ich habe auch dort den Vorschlag gemacht, weil ja gerade auch im Beamtenvorschlag, der ja gemacht wurde, sehr viele Ideen der Referenten beinhaltet waren und die ja bekannterweise einer sehr starken Kürzung und Streichung unterlegen sind. Derartige Gespräche waren aber, wie ich dort hören musste, mit den Referenten nämlich nicht vorgesehen, obwohl das bisher der Fall war und man an und für sich, glaube ich, keine schlechten Erfahrungen damit gemacht hat. Das war schlussendlich auch ein Grund dafür, dass wir in der darauffolgenden Sitzung des Stadtsenates, wo ja die Weiterleitung dieses Voranschlags zu beschließen war um die Fristen einzuhalten, diesem Voranschlag 2000 und der Weiterleitung die Zustimmung vonseiten der Freiheitlichen Fraktion nicht gegeben haben. Bei einer weiteren Behandlung im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss, so heißt er ja, nachdem der Kollege Hoflehner da sehr erfolgreich war und zumindest einen Teil seiner Vorstellungen untergebracht hat, also in der darauffolgenden Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusssitzung am 9. 12. war lediglich auf Anfrage zu erfahren, dass Vorstellungen von SPÖ, VP und GAL berücksichtigt werden. Erst zwei Tage vor dieser heutigen Budgetsitzung war es möglich mit dem Finanzreferenten, Bürgermeister Leithenmayr, im Beisein von Herrn Mag. Lemmerer, konkret über die Vorstellungen der Freiheitlichen Fraktion zu diskutieren und auch zu erfahren, was so an Änderungen in diesem Budget geplant ist.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich verhehle hier auch nicht vor diesem hohen Gemeinderat, dass nach anfänglichen Schwierigkeiten bei der Gesprächsführung es dann doch zu sehr konstruktiven Ausführungen der Verhandlungen bzw. der Verhandlungspartner gekommen ist, dass man auch dort und da zwar den Freiheitlichen Vorstellungen nicht folgen konnte, aber in den meisten Punkten doch eine Übereinstimmung gegeben war.

Ich anerkenne, dass, neben der bereits von Dr. Pfeil angeführten Positionen, man bereit ist, zusätzlich eine Million Schilling für das Stadtbad einzusetzen und zwar zu den bereits vorgesehenen Maßnahmen im Freibad, Kassa, Kassensystem S 850.000,-- und Außenanlagen, wie ich bereits erwähnt habe, S 150.000,--, eine weitere Million zu budgetieren, die für Verbesserungs- und Attraktivierungsmaßnahmen in diesem Bereich vorgesehen ist. Dies ja nicht zuletzt deshalb, weil im Budget des Jahres 2001 eine sehr dringend notwendige Maßnahme beinhaltet sein muss, was den Freibadbereich betrifft, nämlich die Auskleidung des Sportbeckens, die ja bekanntlich etwa 8 bis 10 Millionen Schilling kosten wird, wobei dann auch die Möglichkeit besteht, im Zuge dieser baulichen Maßnahmen, durch Überkragung, im Nahbereich dieses Sportbeckens neue Liegeflächen zu schaffen.

Der Ankauf von zwei Bussen ist mit einer bereits praktizierten Vorgangsweise möglich und auch festgeschrieben, nämlich den Ankauf so wie im vergangenen Jahr, im Jahr 2000, Ankauf von zwei Bussen, mit einer Finanzierung bzw. Refundierung durch eine Kapitaleinlage im Jahr 2001.

Für eine Projektstudie, Beschleunigungsmaßnahmen für den öffentlichen Verkehr durch Ampelbeeinflussung, werden S 500.000,-- präliminiert.

Eine sehr wichtige Maßnahme, welche bereits mehrmals, und ich bin ja heute schon im Zuge der Vorlage der Rechnungsabschlüsse 1998 darauf kurz eingegangen, vom Rechnungshof gefordert wurde, ist die Schaffung eines neuen Organisationsstatutes für die Stadtwerke. Ziel eines derartigen neuen Statutes muss es sein, dass die Geschäftsführung jene unternehmerische Selbstständigkeit hat und ihr einzuräumen ist, die eine Führung nach kaufmännischen Gesichtspunkten ermöglicht. Daher müssen die derzeitigen Einflussnahmen und Möglichkeiten einer Einflussnahme der städt. Organe, und vor allen Dingen auf politischer Ebene, zurückgedrängt werden. Auch die derzeitige Kompetenz-Zersplitterung bedarf einer Lösung in diesem neu zu schaffenden Organisationsstatut. Ich habe auch bereits mehrmals darauf hingewiesen, es geht im Speziellen um die Bäder und die Kunsteisbahn. Einerseits sind die Stadtwerke als Verwalter dafür zuständig mit eingeschränkter

Handlungs- und Instandsetzungsmöglichkeit, andererseits der Magistrat, das Bauamt, die Liegenschaftsverwaltung, das Sportreferat und auch viele andere Bereiche mehr. Wir erwarten daher, und das hat ebenfalls bereits unser Fraktionsobmann zum Ausdruck gebracht, dass im nächsten Jahr, nicht zuletzt auch aufgrund einer neuerlichen Überprüfung und Beanstandung des Rechnungshofes, diese Frage einer Bereinigung zugeführt wird und ein neues Organisationsstatut für die Stadtwerke geschaffen wird.

Kritisch anmerken muss ich aber in diesem Zusammenhang auch, und das habe ich auch des Öfteren bereits bei verschiedenen Anlässen gemacht, dass die Verlustabdeckung beim Stadtbad und der Kunsteisbahn wiederum mit 4 Millionen Schilling festgelegt wurde, obwohl der tatsächliche Verlust, in diesen beiden von mir angeführten Bereichen, etwa 9 Millionen Schilling jährlich ausmacht.

Vielfach, und das ist auch heute wieder geschehen, wird von Mandataren angenommen, dass es eine Verlustabdeckung im Verkehrsbetriebbereich gibt. Das darf ich nochmals klarstellen, das ist nicht der Fall. Die 8 Millionen Schilling die vorgesehen sind, sind für den Ankauf der vorhin bereits von mir angeführten Busse.

Im Übrigen darf ich auch darauf hinweisen, dass ja die Gebrauchsabgabe heute bereits angesprochen wurde, vonseiten der Stadtwerke an die Stadt, die ja jährlich erfolgt. Es wurde auch die Summe von einigen Millionen genannt. In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals sehr einträglich darauf hinweisen, dass die zu erwartende Verschlechterung der Finanzsituation beim Versorgungsbetriebsverbund, und vor allen Dingen im Gaswerkbereich, deswegen eintreten wird, weil ja durch die Liberalisierung der Gaspreise, und so steht es auch im Wirtschaftsplan der Stadtwerke für das Jahr 2000 drinnen, etwa 10 Millionen Schilling weniger an Einnahmen zu erzielen sein wird und ebenfalls wird sich auf die Betriebsergebnisse schlechter auswirken die infrage stehende Regelung, die derzeitige Regelung der Querfinanzierung durch EU-Vorschriften. Es ist eine Frage der Zeit, wann das auch tatsächlich nicht mehr möglich sein wird untereinander eben Gewinne und Verluste auszugleichen.

Übrigens wird die einheitliche Tarifgestaltung im öö. Verkehrsverbund, die auch im nächsten Jahr zum Tragen kommen soll, die Diskussion um die Refundierung der Invalidenfreifahrtsscheine hier in Steyr, die ja einen Einnahmeentfall von etwa 6 Millionen Schilling für die Stadtwerke bedeuten, wieder aktualisiert, da nämlich beim Verbund eine derartige Regelung nicht existiert. Es gibt vom Bund für Invalidenfreifahrten lediglich einen Kostenersatz bzw. eine Ermäßigung von 50 %.

Nach wie vor, und das ist ja auch ein Kritikpunkt des Rechnungshofes, behält die Stadt Steyr die Reinhaltungsgebühr beim Wasserbezug, das sind derzeit S 2,20 pro Kubikmeter, ein. Auch der Rechnungshof vertritt die Meinung und die Auffassung, dass dieser Betrag, der ja je nach Wasserverkauf zwischen 6 und 7 Millionen Schilling jährlich ausmacht, den Stadtwerken bzw. konkret dem Wasserwerk zuzuordnen wäre.

Im Zusammenhang der Wasserversorgung, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, kann ich ihnen eine erfreuliche Mitteilung machen. Und zwar die, dass die Verunreinigung durch Perchlorethylen sehr stark zurückgegangen ist. Man hat in den letzten Monaten Gott sei Dank lediglich Werte von einem Drittel bis 0,5 Zehntel des zulässigen Gesamtwertes festgestellt. Es war daher möglich, aufgrund einer Wasserrechtsverhandlung am 30. 11. d. J., festzuhalten, dass diese Stripanlage vorerst außer Betrieb gesetzt werden kann und in einigen Monaten wird dann feststehen, ob also dieser eher niedrige Wert sich hält. Es ist doch zu hoffen, dass diese Anlage auf Dauer nicht mehr eingesetzt werden muss. Schlussendlich ist diese Anlage dort 6 Jahre gelaufen und hat Kosten von nicht ganz 34 Millionen Schilling verursacht, wobei korrekterweise zu sagen ist, dass ein Großteil dieser 34 Millionen Schilling vom Bundesministerium der Stadt oder den Stadtwerken refundiert wurde und, dass es lediglich um den Betrag der Verursacherfindung geht, wobei also der Stand der Dinge so ist, was die Verursacherfindung betrifft, dass eine rechtliche Zuordnung sehr schwierig ist, weil es nämlich

mehrerer Verursacher gibt, das steht inzwischen fest.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, zurückkommend auf den Voranschlag in Verbindung mit dem Abänderungsantrag halte ich fest, dass ich trotz meiner sehr kritischen Anmerkungen, die ja vor allen Dingen meinen Verantwortungsbereich betreffen, wir Freiheitlichen das Gesamtbudget aber nicht aus den Augen verloren haben. Wir scheuen uns auch nicht davor, Mitverantwortung zu tragen und selbstverständlich gibt es auch in anderen Bereichen Ansätze, die uns nicht ganz zufrieden stellen. Das sei hier klargestellt. Daher werden wir auch im Laufe des nächsten Budgetjahres dort und da kritisch unsere Stimme erheben, wo wir glauben dass es notwendig ist, im Interesse der Bürger eben einen anderen Standpunkt festzulegen und sich dafür einzusetzen.

Wir sehen den vorliegenden Voranschlag, meine Damen und Herren des Gemeinderates, in Form des Abänderungsantrages der SP, der FPÖ, der ÖVP und der GAL, und der mit uns zusätzlich getroffenen Vereinbarungen, als einen durchaus mitzutragenden Kompromiss an.

In diesem Sinne sehe ich auch meine Zustimmung zu diesem Voranschlag 2000.

Ich danke ihnen, meine Damen und Herren, für die Aufmerksamkeit und für den folgenden Applaus.

Gelächter

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Den haben sie bekommen, Herr Stadtrat. Meine Damen und Herren, wer wünscht noch das Wort?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Abstimmung!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen? Jetzt müssen wir den Referenten suchen!

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Schlusswort brauchen wir auch keines?

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Schlusswort Herr Referent.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hohes Präsidium. Ich habe es mir eh gedacht, dass, wenn es geht, ihr mir etwas zu Fleiß tut.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, es fällt mir dieses Mal etwas Schwerer als sonst, das Schlusswort zu halten, weil weniger „Hölzerl“ als sonst bei dieser Debatte geworfen wurden. Ich kann daher auch mit kurzen Bemerkungen auskommen, glaube ich.

Zum Dr. Pfeil möchte ich sagen, das ist übrigens im Gleichklang mit der Frau Kollegin Frech gekommen, dass die positiven Einnahmen halt, und das ist so dargestellt worden, meiner Meinung nach nicht in der richtigen Gewichtung aus den Tariferhöhungen gekommen sind. Natürlich haben auch die Tariferhöhungen höhere Einnahmen gebracht. Aber ich darf doch auch erinnern, dass wir gerade im Bereich des Wassers und der Kanalgebühren schon sehr starke Hinweise von der übergeordneten Gebietskörperschaft Landesregierung haben, wie die Gebühren auszusehen haben. Wenn ich den Bogen herstelle, zu den dringend erwünschten Förderungen und Finanzhilfen bei den großen Projekten, lässt sich unschwer erkennen, dass wir gut beraten sind, so wie auch die anderen öö. Gemeinden, uns bei dieser Tarifgestaltung von diesen Hinweisen leiten zu lassen, andernfalls es noch viel schwerer wird, entsprechende Förderungen, für die Projekte die wir durchführen wollen, zu erhalten. Ich glaube, das liegt auf der Hand.

Es wurde betreffs unserer Schulden hier die Rede davon gemacht, dass hier Unterschiedlichkeiten in der Darstellung nicht sehr klar wären. Wir haben darüber auch in den Verhandlungen diskutiert und es ist zugegebener Maßen einigermaßen schwierig, hier die Zuordnungen vorzunehmen. Aber in Wahrheit gibt es nur einen wirklichen Vergleich, alles andere ist ja irreführend. Nachdem wir ein Budget haben, nachdem wir einen Nachtragsvoranschlag haben, nachdem wir einen Rechnungsabschluss haben. Wenn man da unterschiedliche Zeitpunkte hernimmt um hier dann Vergleiche anzustellen, kommt es natürlich zu Verschiebungen und man kann immer nur Gleiches mit Gleichem vergleichen. Das ist eine alte Weisheit. Daher bitte ich in Zukunft, und da tun wir uns wirklich leichter, ich mache das übrigens selbst auch so, Rechnungsabschlüsse zu vergleichen. Natürlich, und da gebe ich ihnen vollkommen Recht Herr Dr. Pfeil, man kann sich ein umfassendes Bild, so auch wie in der Wirtschaft, nur machen, wenn man das über längere Zeiträume betrachtet. Man schaut sich eben auch in einem Unternehmen eine ganze Reihe von Bilanzen an, mindestens 5, um hier eine Einschätzung vornehmen zu können über die Finanzsituation, Liquidität, und andere Dinge in einem Unternehmen. So ist es bei uns auch. Wenn sie allerdings diese Rechnungsabschlüsse als Vergleich heranziehen, dann werden sie wirklich feststellen, dass wir in den letzten 5 Jahren eine recht positive Entwicklung gehabt haben. Ich habe auch nicht gesagt, das ist nur unser Verdienst hier in der Stadt und der Verdienst unserer Methoden, unseres Umganges, mit dem Instrumentarium Finanzpolitik, sondern auch Ausfluss einer wieder positiven Wirtschaftsentwicklung. Aber es schließt sich hier doch immer wieder der Kreis, wir haben auch unsere Beiträge dazu geleistet. Wir haben schon antizyklische Wirtschaftspolitik mutig gemacht. In einer Zeit, wo wir uns sehr schwer getan haben und nicht gewusst haben, ob sich die Wirtschaft so

rasch erholen wird und wie wir eben zusammenknüpfen können, haben wir, ich erinnere daran, dennoch große Förderungen in Aussicht gestellt, stellen müssen. Um Investitionen zu begünstigen, haben wir das Stadtgut erworben, haben damit aber auch Möglichkeiten geschaffen die Nordspange zu bauen. Das war ja in Wahrheit die Voraussetzung, die bei den übergeordneten Gebietskörperschaften beeindruckt hat, dass diese Möglichkeit, was den Grund überhaupt anbelangt, vorhanden waren. Das haben sie uns ja zunächst nicht zugetraut. Wir haben auch damit die Möglichkeit geschaffen, 20 Hektar in Betriebsansiedlungsflächen umwidmen zu wollen. Das ist eh noch nicht durch, da kämpfen wir ja noch darum, aber letzten Endes ist eben auch daraus die Möglichkeit erwachsen, offensiv tätig zu werden. Letzten Endes haben wir auch, auch mit dem letzten finanziellen Atemhauch, noch ein paar andere Dinge gemacht. Unter anderem haben wir eine sehr offensive Wohnbaupolitik betrieben, haben hier in der Bauwirtschaft, als die Industrie darniederlag, in Wirklichkeit einen regionalen Boom ausgelöst und Gott sei Dank hat sich auch die Industrie rasch erholt, ist auf Kurs, ist momentan auf einer enormen Überholspur unterwegs. Ich habe es schon einmal gesagt, es ist doch wirklich fantastisch, wenn in einem Zeitraum von 10 Jahren sechsmal so viele LKWs in dieser Stadt erzeugt werden, als vor 10 Jahren, oder wenn wir wissen, dass die Mittelfristprognose bei BMW 700.000 Motoren sind, und dass das nächste Jahr schon über 600.000 angepeilt werden. Das ist eine Produktionssteigerung um 20 %. Die wird sich natürlich auch in der Beschäftigung auswirken. D. h., diese positive Entwicklung des heurigen Jahres wird sich in der Industrie fortsetzen. Damit kommt es aber auch zu einem überdimensionierten Investment in diesen großen Betrieben und durch die Mehrbeschäftigung zu einer erhöhten Kaufkraft, die sich wiederum niederschlägt natürlich für viele, für alle anderen Wirtschaftszweige, Branchen und Betriebe. Das kann uns hoffnungsvoll stimmen, das ist auch fast von allen, die hier am Rednerpult gestanden sind, zum Ausdruck gekommen.

Servicestelle ja. Wir beschäftigen uns Jahre damit, es gibt einen Arbeitskreis, wir haben auch die Möglichkeit durch das Aussiedeln der Polizei, die räumlich in der richtigen Lage des Rathauses sind, eben bessere Voraussetzungen zu schaffen. Es ist unser Anliegen und es ist gut, wenn hier ein großer Konsens ist.

Sie haben die Frage der Pensionskassen angesprochen, da werden wir uns in nächster Zeit unterhalten müssen. Das muss uns also eh keiner auf das Auge drücken, das kommt vom Bund über das Land. Es ist allerdings ein Thema, das momentan noch nicht endgültig ausdiskutiert ist, wird uns beschäftigen. Allerdings, so sind alle Hinweise, wird es zunächst mehr kosten und es werden also nur mehr die Allerjüngsten in diesem Kreis erleben, da im GR, sofern sie solange hier verbleiben wollen, dass sich das also auch positiv zu Buche schlägt. Solche Dinge sind immer langfristig zu betrachten.

Ich sage dann nicht mehr viel.

Kultur war in dieser Budgetdebatte kein so großes Problem. Bitte sehr, das ist auch verständlich, das war voriges Jahr ein Hauptthema. Wir haben beträchtliche Aufstockungen im vergangenen Jahr vorgenommen, und auch heuer noch leichte Aufstockungen. Dadurch ist natürlich hier ein gewisser Spielraum in diesem Bereich vorhanden. Es ist ja auch nicht so, dass bei Kultur nichts ist. Wenn ich nur die Bücherei herausziehe, aus dieser ganzen Geschichte, da werden wir ja ohnehin noch einen beträchtlichen Betrag, zu dem was wir in den Budgets schon drinnen stehen gehabt haben, noch in die Hand nehmen müssen.

Die Kleintierzüchter möchte ich nicht näher ausführen, da habe ich wirklich ein bisschen Schuld auf mich geladen, weil ich das nicht mit ihnen als Referent so ausführlich diskutiert habe. Ich muss allerdings für mich in Anspruch nehmen, im guten Glauben, da ich wirklich der Meinung war, wenn man für die Kleintierzüchter etwas tut, diesen 102 Jahre alten Verein, dann habe ich mir gedacht, da mache ich ihnen eine Freude, da werden sie wohl nichts dagegen haben. Das war ein Irrtum, wie sich zeigt, da hätten wir mehr darüber reden müssen, aber sie sind ja auch dafür, dass wir diesen Verein fördern. Es soll ja möglicherweise nur ein anderer Standort gefunden werden.

Zum Herrn Mayrhofer, der hat ja hier eher und überwiegend positive Argumente gebracht. Das trifft ja eigentlich auf die anderen Redner überwiegend auch zu.

Die Frau Frech hat sich hier natürlich mit Bürgermitbestimmung intensiv beschäftigt, und tut so, als wären die anderen alle schlechte Demokraten. Man soll das nicht sagen, die anderen sind halt nicht bürgernahe und sie wollen dieses Instrumentarium negieren und verhindern und wie auch immer. Ich muss ihnen folgendes sagen. Jeder Gemeinderat, jedes Stadtsenatsmitglied, erst recht die Vizebürgermeister, Bürgermeister, haben eine Unmenge von Kontakten mit der Steyrer Bevölkerung und es sind die Türen offen. Jeder von uns macht Sprechstage, jede Woche. Es stehen die Leute, die Bürgerinnen und Bürger, bei uns allen auf der Matte und sie treffen uns alle Tage. Auch zuhause besuchen sie uns, wenn sie wirklich etwas am Herzen haben. Das kann ein jeder sagen. Natürlich lassen wir alle Tage die Mitteilungen, die Vorstellungen, die Wünsche, die Beschwerden der Bürger in die Politik einführen. Ich sage, dass es eine gewisse Überheblichkeit ist, wenn jemand plötzlich kommt, in einem fortgeschrittenen Stadium der Demokratie, auch in Steyr, in der 2. Republik, und meint, er müsse den Bürgern zu ihrem Recht verhelfen. Ich glaube, dass hier wirklich jeder Gemeinderat, und auch unser Statut sieht das vor, Anträge stellen kann, während laufender Debatten, Dringlichkeitsanträge haben wir gehabt, Länge mal Breite. Es geht uns also im Instrumentarium nichts ab. Jeder Bürger kann sich artikulieren. Niemanden ist etwas passiert, weil er sich zu Wort gemeldet hat, laut oder leise, höflich oder nicht so höflich, wie auch immer. Also, in Steyr, das würde ich schon sagen, und ich lege auch Wert darauf und es passt mir, dass es so ist, kann jeder seine Meinung vertreten und jeder hat eigentlich eine Möglichkeit, weltanschaulich, so quer durch den Gemüsegarten, sich auszusuchen, wen er denn unter den Mitgliedern des Steyrer Gemeinderates instrumentalisieren möchte. Jeder wartet eigentlich eh nur darauf dass wo eine Gasse kommt und sagt, da sind Bröserl in der Suppe drinnen, bitte helft uns ein bisschen. Das geht kreuz und quer, ich könnte also eine Reihe von Beispielen nennen, aus meiner eigenen Fraktion, und jeder von euch weiß es, wie die Dinge laufen.

Sie haben also dann auch noch gesagt, die Geschichte mit der Budgetwerdung, das wäre in der Wirtschaft unmöglich, so wie wir das tun. Sie haben natürlich gemeint, so dilettantisch wie wir das tun. Ich gebe ihnen Recht, das wäre in der Wirtschaft nicht möglich. Man könnte niemals in der Wirtschaft oder in einem großen Unternehmen, schon gar nicht in unserer Zeit, ein Budget, die Investitionen, die Entwicklungen in einem Unternehmen, in dieser Art diskutieren, wie wir das tun. Das wird so nicht laufen. Budgets werden von den Stäben in den Unternehmungen erarbeitet, werden hinaufgereicht in die Vorstandsebene, der Vorstand macht eine Budgettagung, die dauert einen Tag, in der Regel, wenn es Schwierigkeiten gibt max. 2 Tage, und dann steht das Ding und man hört nach außen kein Gekreisch. Wenn es ein Gekreisch gibt, dann entfernt sich bei dieser Gelegenheit meistens ein Teil des Vorstandes oder der ganze Vorstand, weil der Aufsichtsrat die Figuren ablöst, die nicht in der Lage sind, sich auf eine gute Linie zu verständigen. Das ist bei uns anders, wir sind aber auch in eine andere Kategorie eingeordnet. Wir sind unseren Wählern verantwortlich, wir diskutieren das ausführlich, dennoch muss es zu Ergebnissen gebracht werden. Die Demokratie lebt zwar von der Diskussion, zu dem bekenne ich mich ausdrücklich, aber es müssen auch rechtzeitig die notwendigen Entscheidungen herbeigeführt werden, sonst wird nämlich die Demokratie obsolet. Wenn die Entscheidungen nicht getroffen werden können, dann kommen nämlich die Rufe nach denen, die endlich Ordnung machen, und das wollen wir schon überhaupt nicht haben.

Ich glaube also, dass wir dieses Mal wieder ausreichend diskutiert haben, dass wir einen ungewöhnlich breiten Konsens gefunden haben, ich freue mich darüber, dass das so ist. Es gibt immer Verbesserungspotenziale, auch bei der Entwicklung von Budgets. Es gibt natürlich immer wieder auch Kritikpunkte, zu Recht, und man kann ruhig darüber diskutieren.

Dem Roman Eichhübl möchte ich noch sagen, auch Kapitaleinlagen sind nichts Schlechtes, wenn sie so fortgesetzt und ständig und wiederholt und nachhaltig erfolgen. Im Übrigen ist auch gestattet, dass du dich freust darüber, dass deinen Stadtwerken eine so überaus moderne Bleibe und Behausung mittlerweile zur Verfügung steht. Du kannst sagen, du hast in deiner Periode erlebt, wie sich hier

dieses Unternehmen, das zerstreut war in der Stadt Steyr, zu einem modernen Betrieb entwickeln konnte, wo sich der Fuhrpark nachhaltig laufend verbessert und zwei Autobusse und zwei Autobusse und zwei Autobusse sind auch 6 Autobusse.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, das hätte ich nicht gewusst.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber 8 Autobusse in einem Jahr, das schafft das Budget der Stadt Steyr, so günstig es sich auch in letzter Zeit entwickelt, doch noch nicht. Aber wir werden dranbleiben und sind interessiert, hier auch einen Fuhrpark in unserem Verkehrsbetrieb zu haben.

In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, danke ich allen die positiverweise an dieser Budgetwerdung mitgewirkt haben. Ich glaube, dass wir jeden und für jede von uns, aber das möchte ich hier auch auf alle Bürgerinnen und Bürger, auf die Generationen, die Kinder in den Kindergärten, in den Schulen, die Jugendlichen, die mittlere Generation die im Arbeitsprozess steht, im Bereich der Bildung aber bis hin zur älteren Generation, welche die Aufbauleistung in diesem Land getätigt haben und einen Anspruch auf ein Leben in Würde und eine gute Betreuung haben, trifft hier zu, dass dieses Budget für jeden etwas enthält und ich glaube, es wird uns auf einem guten Weg auch einen guten Schritt voranbringen. Ich bitte um eine breite, möglichst einstimmige, Zustimmung.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke unserem Finanzreferenten für sein Schlusswort. Zur Abstimmung steht der Hauptantrag in Form des gemeinsamen Abänderungsantrages der SPÖ, der FPÖ, der ÖVP und der GAL. Wer damit einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer übt Stimmenthaltung? Wer ist dagegen? 1 Gegenstimme (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen worden. Ich kann unserem Finanzreferenten nur gratulieren.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bedanke mich für diese Zustimmung und für das Vertrauen in das neue Budget.

Wir haben die Tagesordnung, mit Ausnahme des Punktes „Aktuelle Stunde“, erschöpfend behandelt. Ich darf fragen, ob es vonseiten der SPÖ ein Thema gibt?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Keines. FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Keines. ÖVP auch keines. GAL? Keines. Frau Frech? Keines.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir tatsächlich in unerwarteter Rekordzeit heute zum Ende unserer Budgetsitzung gekommen. Ich weiß gar nicht, wie wir das gemeinsame Essen jetzt absolvieren. Da unterhalten wir uns dann noch nach Beendigung dieser Sitzung. Ich möchte nochmals herzlich für die vielen Stunden danken, die wir in dem Jahr gemeinsam in der Diskussion, in den Ausschüssen, im Stadtsenat, im Gemeinderat und bei anderen Gelegenheiten, bei vielen Veranstaltungen, verbracht haben. Ich glaube, wir haben vieles in diesem Jahr wieder vorangetrieben, zustande gebracht. Ich möchte für die Mitwirkung wirklich danken. Ich hoffe, dass das auch in der Zukunft so weiter geht. Ich möchte jetzt schon, am Ende angelangt, ihnen für die bevorstehenden Weihnachtstage friedvolle, erholsame Stunden im Kreise ihrer Familien wünschen und für das nächste Jahr wollen wir uns den Erfolg wünschen, den wir in dem Budget an und für sich angedacht und heute beschlossen haben. Gesundheit sei allen beschieden, alles Gute im nächsten Jahr für sie und ihre Familien. Glück auf!

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

ENDE DER SITZUNG: 15.15 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

OAR Anton Obrist eh. GR Stefan Keiler eh.

Gabriele Obermair eh. GR Maria Koppensteiner eh.